

Bezugspreis:

Bestellh. 30.-M., monatl. 10.-M., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 11. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morianplatz, Nr. 11753-54.

Keine Waffenhilfe für Polen!

Paris, 10. August. (WZ.) Der Berichterstatter der Agentur ... keine Waffenhilfe für Polen! ...

Die „Humanität“ läßt sich aus London melden, daß die energische Haltung der Arbeiterpartei ...

Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften erklärte, es dürfe keinen neuen Krieg geben ...

Entente-Ultimatum!

Amsterdam, 10. August. (WZ.) „Daily News“ erfährt, daß gewisse Vorschläge der Alliierten im Zusammenhang mit der Konferenz in Genua an die Sowjetregierung ...

Man beachte den Ton — unwohlwollend! — und vergleiche den Inhalt mit dem Borgeben von Compiègne und Versailles! ...

Russe — Korridor?

Getrauilten der 4 „russischen“ Vertreter sollen Dienstagnachmittag ...

Die eine Bahnlinie Danzig—Warschau ist durch die Besetzung von Giechanow ...

Lloyd Georges Blockadedrohung.

London, 10. August. (Holländisch Neudruckbureau.) Lloyd George hielt Dienstagmittag im Unterhaus seine Rede über die polnisch-russische Frage ...

polnischen Heere den Angriff auf Russland begonnen

haben und ebenso dürfte sie der Ermüdung Rechnung tragen, daß dieser Angriff trotz der alliierten Warnung an Polen unternommen wurde ...

Frieden auf der Grundlage der Unabhängigkeit

des ethnographischen Polens herbeizuführen. Die Alliierten hatten der Sowjetregierung vorgeschlagen, am Montag am Winternacht den Eintritt des Waffenstillstandes anzufordern ...

wenn ein aggressives Sowjetrußland bestände, das an Deutschland grenzt.

Es wird aber keine Aktion unternommen werden, mit Ausnahme einer solchen, die den Kampf für das Bestehen und die Unabhängigkeit Polens bezweckt ...

Appell an die Arbeiterpartei,

die behauptete sich organisiert zu haben, um die Schwachen zu schützen. Es würden

keine alliierten Truppen nach Polen geschickt

werden und es sei dies auch nicht notwendig, wenn die polnischen Hilfsquellen richtig organisiert und verwandt würden ...

wirtschaftlichen Druck auf Sowjetrußland

anzuüben, damit dieses gezwungen wird, den östlichen Ring um Polen zu lockern. Die Aktion wird in diesem Falle eine Aktion zur See oder eine internationale Aktion werden ...

Italiens Mäßigung.

Rom, 10. August. (Sefani.) Die Kammer beendete die Aussprache über den „Vertrag von St. Germain“ ...

Die höchste Zeit.

Von Rudolf Siffert.

Die Parole der Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise ist eine geradezu verhängnisvolle gewesen. Der sich bietenden Gewinnmöglichkeit wegen hat Industrie und Handel nach ihr gehandelt ...

Selbst in den einträglichsten Blättern der demokratischen Presse, die ja außer freie Spiel der Kräfte eingestrichelt und eingeschoren sind, bricht sich die Erkenntnis Bahn ...

Die rapid zunehmende Arbeitslosigkeit als Folge der gänzlichen oder teilweisen Stilllegung der Betriebe hat die Arbeiter der Wirtschaft nicht nur ins Wanken gebracht ...

In der von je gewohnten Weise spielt man mit dem Gedanken und tritt ihm sogar näher, diesen Preisabbau durch eine Senkung der Löhne zu ermöglichen ...

Das ist ein Problem, das in einer freien und ungehinderten Wirtschaft, wie wir sie heute im allerersten Moment Zeit haben, überaus schwer durchzuführen ist ...

Es kann dem freien Spiel der Kräfte nicht überlassen bleiben, die Umschichtung eines Teiles der industriellen Bevölkerung, speziell zugunsten der landwirtschaftlichen Produktion, zu bewirken ...

Aber sie hilft uns nicht über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinweg. Der Augenblick gebietet, jede weitere Schließung und Beschränkung der Betriebe nach

Möglichkeit zu verhindern und schon stützende wieder in Gang zu bringen. Dem steht das Privatinteresse des einzelnen Unternehmers entgegen. Wir müssen ihn zum Teil durch staatliche Maßnahmen anhalten, im Interesse der Volksgesamtheit weiter zu produzieren. In die Möglichkeit, objektive und subjektive, zur Beschaffung der Rohstoffe und Produktionsmittel gegeben, ist der Betrieb fortzuführen. Hat der Unternehmer dazu nicht die erforderlichen Mittel, müssen sie von einer dazu bestimmenden Stelle gegeben werden. Die verschiedenen Fonds der öffentlichen Bewirtschaftungsstellen dürfen dazu den ersten Grundstock geben und darüber hinaus wird das Reich Mittel flüssig machen müssen, die der Inangehaltung unserer Wirtschaft dienen sollen. Wie beispielsweise zur Herstellung von Wohnungen Mittel des Reichs gegeben worden sind und noch weiter gegeben werden müssen, wird es auch für andere Wirtschaftsbereiche der Fall sein müssen. Wir kommen heute aus dem Glend unserer Zeit nicht mehr mit kleinen Dosen harmloser Medizin heraus. Es muß durchgreifend gearbeitet werden. Natürlich können Industrie und Bau- und Wohnungswirtschaft nicht dauernd die Atmungsöffnungen öffentlicher Gelder bleiben. Atmungsöffnungen gehen zumeist elend zugrunde. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, solche Betriebe in öffentliche Verwaltung zu nehmen, sie durch andere Personen betreiben zu lassen, sie zu verpachten oder unter Umständen auch zu enteignen. Aber es darf mit Vorsicht nicht sein Bewenden haben, sie müssen den Willen zur Durchführung bei der Reichsregierung finden. Noch will ich hoffen, daß er da ist. Aber es ist höchste Zeit, daß er sich auch in Maßnahmen durchgreifender Art auswirkt. Wirklich die höchste Zeit.

Die Auflösung der Brigade Döberitz.

Mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Durch W. V. verbreitet das Reichswehrministerium eine launzotige Rechtfertigung, warum die Auflösung der Brigade Döberitz angeblich notwendig war. Darin heißt es:

Die Brigade Döberitz ist bekanntlich aus Pionieren aller Wehrkreise zusammengesetzt. In ihr sind Pioniere, Sächsen, Bayern, Württemberger usw. in gleicher Weise vertreten. Da die sieben Divisionen des 100 000-Mann-Heeres aus Landesangehörigen ihrer Wehrkreise zusammengesetzt sein sollen, so kann die aus Truppen aller Wehrkreise bestehende Brigade Döberitz auch nicht geschlossen in einen der sieben Wehrkreise übernommen werden. Eine solche Regelung würde die landsmannschaftliche Zusammenfassung der Wehrkreise durchbrechen. Sie ist also nicht angängig.

Niemand bedauert mehr als der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung die Auflösung dieser ausgezeichneten Truppe, die unter hervorragender Führung stehend, Aufstrebendes im Aufbau des Heeres geleistet hat.

Wir haben auch hier wie in so manchen anderen Dingen nicht unseren eigenen Willen durchzusetzen vermocht, wir müssen uns dem Willen des Diktators Spa fügen.

Alle diese Redereien schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß, wenn man das Diktat von Spa anders hätte ausführen wollen, man es auch anders hätte ausführen können. Nirgends steht in dem Dokument von Versailles oder in dem von Spa, daß die sieben Divisionen des 100 000-Mann-Heeres aus Landesangehörigen ihrer Wehrkreise zusammengesetzt sein müssen. Das ist eine ganz willkürliche

Anordnung des Reichswehrministeriums, an die es nur durch sich selbst gebunden war. Es hätte also anders gekonnt, es hat aber nicht gewollt.

Freudenbotschaft für Kappisten.

Die Reichsregierung stellt die Disziplinarverfahren ein.

Durch W. V. wird gemeldet: Das Kabinett hat sich am Dienstag mit der Abwicklung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren befaßt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf Disziplinarverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Weist und dem Ziel des Amnestiegesetzes entspräche, eine möglichst weitgehende Beruhigung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsanstalten sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schwebenden Verfahren mit möglicher Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen.

Beruhigung wird dieses Vorgehen nicht schaffen, sondern weitestehende Volkstrennung in die nächste Zukunft versetzen, da es zeigt, daß die Regierung gar nicht genug tun kann, um den Kapp-Verbrechern alle nachteiligen Folgen ihrer lastverderblichen Handlungswelt zu ersparen. Insbesondere Ermächtigung zu diesem Vorgehen durch den Reichstag hat in keiner Weise vorgelegen. Bei dem gerechten Jura über diese Verbrechern so wohlgeleitete Regierung soll man jedoch nicht vergessen, daß wir diese Regierung in erster Linie der heldenhaften Kämpferpolitik der Unabhängigen verdanken.

Daß die Augen übergehen . . .

Es ist richtig, daß wir heute in Deutschland Steuern zahlen müssen, daß manchem dabei die Augen übergehen. Nicht nur den Arbeitern und Angestellten, denen ihr Steuerbetrag zum Teil vom Lohn oder Gehalt abgezogen wird, sondern auch manchem betrieblichen Unternehmer steigt der Steuerbote sehr unangenehm auf die Wade.

Aber Schelten und Anurren hilft da gar nichts. Jeder, der den Krieg miterlebt hat, mußte wissen, daß nach dem ungeheuerlichen Krieg ungeheuerliche Steuern dem deutschen Volke blühen würden. Das haben sogar die schlimmsten Annerktionisten schon im Jahre 1915 eingegeben, als sie noch den Himmel voller Geigen und die Taschen voller Siegesbeute sahen. Schrieb doch z. B. der spätere Kapp-„Minister“ Schiele (Raumburg) in der „Kreuzzeitung“, damals noch ehrlich konservativ, heute bloß deutsch-national, im Juni 1915:

„Wenn auch der Krieg so ausgeht, wie wir hoffen, so werden wir doch alles andere als leichte und bequeme Zeiten haben. Wir werden nur umso mehr denn ganz Europa als der Verheerete gegenüberstehen. Wir werden nur um so größere Anstrengungen zu machen haben, und für alle Fälle hart zu machen. . . . Besonnen wir neue Nachstellungen im Osten und Westen, bessere Postwege unserer Sicherheit, so wird uns auch das neue Aufwachen kosten, und auch die Kriegsschadigungen werden selbst im besten Falle doch nur so ausfallen, daß wir das meiste aus eigener Kraft binautun haben werden. Strengste Sparmaßnahme und strengste Kontrolle und Abwägung aller verschiedenen Forderungen und Bedürfnisse nach ihrer Notwendigkeit, kurz alspreußische Staatskassen und alspreußischer Sparsamkeit des Volkes werden notwendig sein, wenn wir der gewaltigen großen Zukunft, deren Tore uns dieser Krieg öffnet, gerecht werden wollen.“

Trotzdem werden wir einen Steuerzettel bekommen, daß uns die Augen übergehen werden. Es ist nicht wie nach dem Jahre 1870, wo das reiche Frankreich nach einem verhältnismäßig kurzen Feldzug eine gewaltige Kriegsschadigung zahlte. Es legte seine Ehre hinein, das so schnell wie möglich zu tun, und mit Hilfe der vom Kriege unberührten neutralen Welt gelang ihm das. Auch nach dem größten Siege wird der Sieger diesmal ganz andere Erfahrungen machen. Fast alle Völker der Welt sind am Kriege beteiligt oder leiden darunter. Kein Volk ist nach diesem Kriege reich genug, sofort große Kapitalablösungen aufzubringen. Kurz, die Ausprüche an die Steuerkraft der Bürger werden enorm werden. Wir werden Reichsmonopole bekommen, Finanzpöle, und nicht zum wenigsten auch höhere direkte Steuern . . .

Man beachte, der konterbaltige Politiker hatte, als er dies trübe Zukunftsbild entwarf, einen gewonnenen Krieg, neue Nachstellungen im Osten und Westen, eine „gewaltige große Zukunft“ im Auge, und trotzdem auch einen Steuerzettel, der uns die Augen übergehen macht. Helferrich hatte ja ein ähnliches Nachtbild im Auge, er war nur leichtsinniger und vertrat den Standpunkt: „der Feind zahlt alle unsere Kosten.“

Das von Dr. Schiele entworfene Bild läßt uns auskosten, wie ungeheuer teuer uns ein Sieg zu stehen gekommen wäre, so daß man fast sagen muß, daß unsere Niederlage, herbeigeführt durch die Gasardente, auch nicht viel mehr Kosten verursachen wird.

Unsere deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Demagogen werden allerdings nach wie vor alles, was uns an Leid und Kosten aus dem verbrecherischen Krieg erwachsen wird, der Revolution zur Last legen. Sie haben Papageien genug, die dieses Sprüchlein gedankenlos nachplappern. —

Aus dem weitlichen Industriegebiet meldet die „Dona“:

Entgegen den Warnungen des Regierungspräsidenten in Düsseldorf sind in der Umgebung von Düsseldorf in verschiedenen Betrieben Arbeitergruppen wegen des Steuerabzuges mit Gewalt gegen die Arbeitgeber vorgegangen, in anderen Betrieben finden zurzeit darüber Verhandlungen statt. Insbesondere in Verath und Reisholz versuchen größere Arbeitergruppen mit Gewalt die Arbeitgeber zu zwingen, den Steuerabzug nicht zu machen. So kam es in manchen Fabriksbetrieben bereits am Sonnabend zu Drohungen der Arbeiterschaft, so daß sich schließlich die Verhandlungen der Gewalt beugen mußten und den Steuerabzug unterliegen. Bielefeld mußte auch die Justizverwaltung gegeben werden, daß bereits gemachte Abzüge wieder zurückgezahlt würden. Die Verhandlungen erklären, daß sie die Abzüge auf keinen Fall selbst tragen könnten. Durch die Gewaltandrohungen wird die Arbeit in vielen Betrieben unmöglich gemacht und es wird ihnen gleichzeitig unmöglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Polizeibehörden erklären sich machtlos dem Vorgehen der Arbeiter gegenüber. Die Farbenfabriken Friedrich Bayer u. Co. haben Dienstag früh wegen der Drohungen der Arbeiterschaft und wegen der unerfüllbaren Forderungen bis auf die lebenswichtigen Abteilungen die Fabrik schließen müssen.

Die Mißstimmung der Arbeiter über die Abzüge ist beargwöhnlich. Aber trotzdem muß endlich die Einsicht wiederkehren, daß nur in einem geordneten Staate mit regelmäßigen Einkünften auch regelmäßige Leistungen vollbracht werden können. Was gegenüber der Parteil, der Gewerkschaft gilt, das gilt in höherem Sinne auch vom Staate. In eine Aenderung des Steuerzuges vor seiner Ausführung ist nicht zu denken. Und was heute an Abzug verweigert wird, muß später ohnehin nachgezahlt werden.

Orgesch, das Anschuldlamm.

Von der Organisation Escherich wird mitgeteilt: Die Pressestelle des Oberpräsidenten Göring in Magdeburg verübt, eine sogenannte Spitzentrale der Organisation Escherich anzuhängen. Die Organisation Escherich hat mit der fraglichen Zentrale nichts zu tun. Wie viele andere Stellen hat auch die Organisation Escherich von jenem Bureau ausgehende Nachrichten erhalten. Diese Nachrichten schienen auch der Organisation Escherich belanglos zu sein und sind von ihr in keiner Weise verwertet worden. Beziehungen zu der Spitzentrale werden also nicht geleugnet. Welcher Art sie waren, darüber wird die in Aussicht gestellte weitere Untersuchung wohl noch Aufschlüsse geben.

Bayerische Obstruktion.

München, 10. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Dr. Heim erklärte in der Bayerischen Landesbauernkammer, die am Dienstag zum erstenmal zusammentrat, daß die Einwohnerwehren erhalten bleiben müssen. Sie haben noch nie ihre Waffen mißbraucht, sondern sie haben sie nur zur Sicherung der Ruhe und Ordnung und der Produktion benutzt.

„Unsere Lieblinge.“

Von Erich Schaffus.

Sommer, wenn ich es besonders eilig habe, treffe ich jemand, der mich aufhält. In meiner neuen Würde als Vormund hatte ich einige dringende Besorgungen zu erledigen, als ich Herrn und Frau Müller begegnete. Sie hatte einen idyllischen Schäferhund, er eine unglaublich häßliche Bulldogge an der Leine; so wandelten beide mit der gemächlichen Ruhe von Leuten, die viel Zeit haben, dahin. Alle meine Einwände nutzten nichts, ich mußte mit hinauf in ihre Wohnung kommen.

Das Mädchen, das den Tisch deckte, rühte noch zwei Stühle heran, auf denen, lehr zu meinem Erstaunen, die beiden Hunde Platz nahmen. Doch die Tafelrunde war noch nicht vollständig. Frau Müller verstand im Nebenzimmer und kam gleich darauf mit einem Papagei auf der Schulter zurück.

„Sie scheinen sich eine kleine Menagerie angelegt zu haben,“ sagte ich nicht ohne Spott.

„Meinen Sie damit unsere Lieblinge,“ erwiderte Frau Müller leicht gereizt. „Gibt es wohl etwas Schöneres als anhängliche Tiere?“

„Meine beiden Hungen sind mir entschieden lieber.“ Frau Müller seufzte. „Ja, Kinder —“

Ich horchte auf. Dieser Seufzer — das nachdenkliche Nicken, mit dem Herr Müller die Worte seiner Frau begleitete? Wir kamen ein guter Gedanke.

„Seit kurzem bin ich der Vormund eines etwa dreijährigen Mädchens.“ Die Mutter, ein zweiundzwanzigjähriges junges Mädchen wohnt mit dem Kinde in einem feuchten, dunkeln Keller, der kaum mit den allernotwendigsten Möbeln ausgestattet ist. Während die Mutter den Tag über in einer Fabrik arbeitet, ist sich das Kind selbst überlassen. Nur hin und wieder sieht eine auf demselben Platz wohnende alte Nachbarin noch ihm hin, wirft ihm ein Stück Brot hin und gibt ihm einige Schläge dazu. Das kleine, vollständig unterernährte, verhäuferte Kind sieht zum Erbarmen aus. Der Mutter ist es, soviel habe ich schon herausgemerkt, nur eine Last. Wie wär's, wenn Sie das Mädchen adoptieren würden?“

„Wo ist denn der Vater?“, forschte Frau Müller.

„Das mögen die Götter wissen. Urteilen Sie nicht zu streng, Frau Müller. Solch armes Mädchen, das so herzlich wenig vom Leben hat, gibt sich in seinem Hunger nach Blick und Liebe eben dem ersten besten Wanne, der es gut mit ihm zu meinen scheint, hin, ohne ernstlich die Folgen zu bedenken. Bis dann eines Tages das Unglück geschehen, der Vater aber über alle Vergehe ist.“

„Was sind das für Zustände“, sagte Herr Müller, faltete die Hände über dem runden Bäuchlein und blickte schmerzlich zur Zimmerdecke empor.

„Frau Müller,“ entgegnete ich ernst, „um den Lebenswandel der Mutter sollen Sie sich ja gar nicht kümmern. Aber, wenn Sie

das Kind zu sich nehmen, es mit Liebe und Sorgfalt erziehen und einen tüchtigen Menschen aus ihm machen, dann können Sie verbüßen, daß es einst den Weg seiner Mutter geht. Soll das Kind in der frühesten Jugend schon für die Sünden der Mütter büßen? Wollen Sie nur unvernünftige Tiere verjagen und neugierig und einen jungen Menschen, ein Stück hoffnungsvoller Zukunft unseres Volkes, verkommen lassen, nur um engherziger Moralbegriffe willen?“

Herr Müller nickte zustimmend. Seine Frau sah starr vor sich hin. Waren meine Worte doch nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen? — Und eindringlicher werdend, fuhr ich fort:

„Was meinen Sie, Herr Müller, ob es nicht angenehmer ist, wenn Sie noch heute kommen und anstatt Ihrer beiden häßlichen Räter springen Ihnen Ihr Töchterchen, vor Freude über die Heimkehr des Papas über das ganze Gesicht strahlend, entgegen? Oder, Frau Müller, wenn so ein liebes, blondes Mädchen auf Ihren Knien sitzt, seine weichen Kermben um Ihren Hals legt und schmeichelnd „Mutter“ zu Ihnen sagt — ob das nicht schöner ist als das heisere Schmarren des Papageies auf Ihrer Schulter?“

Die Wirkung meiner Worte, mit herzlichster Wärme gesprochen, war überraschend. Frau Müller stand auf, nahm den Papagei etwas unjanst von der Schulter und verließ dann schnell das Zimmer.

„Oh,“ sagte Herr Müller nachdenklich, nachdem er die beiden Hunde von den Stühlen gesagt hatte, „mir scheint's, Sie haben nicht ganz unrecht. Ich werde es mir einmal überlegen und mir die Kleine ansehen. Aber sagen Sie vorläufig noch nichts meiner Frau.“

Frau Müller kam zurück; ihre Augen waren leicht gerötet.

„Der Herd raucht wieder. Zieh doch mal nach.“

„Kann? Wir brennen doch Gas!“

„Geh nur in die Küche, Du wirst es schon sehen.“

Als wir allein waren, ergriß sie impulsiv meinen Arm. „Ich nehme das Kind zu mir. Bestimmt! Aber sagen Sie vorläufig noch nichts meinem Wanne. Ich glaube, der hat doch nicht das richtige Verständnis dafür; wir Frauen denken nun einmal anders.“

In diesem Augenblick kam Herr Müller zurück. „Ich sagte es ja gleich, die Gaslampe kann doch unmöglich Rauch entwickeln.“ Er schüttelte den Kopf. „Ja, ja, die Frauen . . .“

Der Fall Reinhardt — eine erste Frage. Die Stadtverwaltung ist in höchster Verdrängnis, Einnahmen für die unabsehbaren Anforderungen zu beschaffen. Sie ist, da sie in der Auswahl der Steuerobjekte beschränkt ist, auf die Luxussteuer verfallen, die geeignet erscheint, aus den Theatern, insbesondere von den teureren Plätzen erhebliche Summen zu erzielen. Der Feldzug der Theater gegen diese Steuer hat vorläufig nicht zum Ziele geführt, die Phalanx der Steueranhänger schien unerschütterlich. Die Ausführungen der Steuergegner wurden für Deklamation und Liebertreibung erklärt. Jetzt hat sich aus dem Gewirre widerprechender und sensationeller Zeitungsnachrichten die immerhin erhebliche Tatsache ergeben, daß Max Reinhardt und mit ihm sein Geschäftsführer Edmund Reinhardt ihre Berliner Betriebe aufgeben wollen, da sie nicht in der Lage zu sein glauben, ihre Theater unter der Last der Luxussteuer weiterzu-

führen. Sie haben an die Steuerstelle Eingaben gerichtet, in denen exakte Zahlen sprechen. Man hat uns einen Einblick hierin gestattet, und wir können nur sagen, wenn diese Zahlen zutreffen — mag im einzelnen der eine oder andere Posten vermehrt oder vermindert werden —, so ist in der Tat schwer einzusehen, wie die Reinhardtischen Unternehmungen weiter ohne desaströses Defizit existieren sollen. Die Hauptlaste dafür wird in der Steuer erblickt, die den Theaterbesuch desmiert.

Es erhebt sich also die ernste Frage, sollen wir den künstlerischen Leiter des Deutschen Theaters, der Kommerzielle und des Großen Schauspielhauses aus Berlin ziehen lassen, den Mann, der dem Theater nicht bloß Berlins, sondern des ganzen Reiches zehn Jahre hindurch seinen Stempel aufgedrückt hat und bei allen Einzelleistungen, die man gegen ihn vorzubringen hat, eine Epoche in unserer Theaterentwicklung bedeutet, großend von Berlin ziehen lassen, weil eine Steuerentlastung ihm ein erprobtes Mittel zur Verfügung zu machen droht? Die händlichen Vertreter werden sich diese Frage ernstlich voranlegen haben. Gibt es keine andere Möglichkeit, ohne diese Luxussteuer auszukommen, so werden sie die Konsequenzen mit in den Kauf nehmen müssen. Diese aber bedeuten nicht nur den Verlust Reinhardts und ein ungewisses Schicksal seiner Bühnen, sondern auch eine noch viel schlimmere Gefahr für die übrigen Privattheater, deren keines so sicher und gut fundiert sein dürfte wie der Reinhardt-Kongress. Wir erkennen nicht die Schwierigkeiten, in der sich die Stadt befindet, aber wir meinen doch, es müßten sich Auswege finden lassen, um sowohl den Bedürfnissen der vorderhand noch unerfüllten künstlerischen Privattheater wie den dringenden Anforderungen der Stadtbevölkerung zu genügen.

Der Fall Reinhardt hat darunter gelitten, daß er mit allerlei sensationellem Crimborium ausgeschmückt und mit Privataffären verknüpft wurde, die kein öffentliches Interesse haben. Aber auf seinem Kern zurückgeführt ist dies die knappe, klare Frage — die eine wohlüberlegte und sorgsam prüfende Antwort fordert.

Theater. Das Friedrich-Wilhelm-Mädliche Theater eröffnet am 20. August mit der Aufführung der Komödie „Bar“ von Fernand-Samersky die Winterpielzeit.

Richard Strunk hat eine Erheiter-Zeile aus der Kunst zum „Bürger als Admetus“ des Koberle zusammengefaßt, die neun Nummern umfaßt. Sie wird diesen Winter im Konzerthaus erscheinen.

Die Notter in Breslau. Die Berliner Theatertrübsalgelehrte, die Gedruden Notter, geben zurzeit ein Gastspiel in Breslau, und zwar im Stadttheater. Wie jetzt der Magistrat in Breslau der dortigen Presse mitteilt, hat er aber die Fortsetzung dieses Gastspiels nicht gestattet, weil die künstlerischen Darbietungen der letzten Vorstellungen nicht den Voraussetzungen entsprechen, unter denen die Veränderung des Gastspiels in Aussicht genommen war.

Ein Institut für Moorforchung und Torftechnik soll in Hannover gegründet werden. Der Ausbau der bereits an der Technischen Hochschule in Hannover bestehenden Versuchsanstalt für technische Moorverwertung ist dabei ins Auge gefaßt.

Alpenrindfleisch aus Neufrankreich. Die Verbreitung des „Empfindlichens“ in dem von Franzosen besetzten Gebiete ist bis auf Waberrung zurückgeführt worden.

Justiz und Volksvertrauen.

Von Dr. Ernst Emil Schweizer.

Der „Vorwärts“ brachte jüngst ein Schreiben zum Ausdruck, das vier sächsische Richter (Amtsgerichtspräsident Knausch, Oberamtsrichter Hübler, Oberamtsrichter Thor, Oberamtsrichter Dr. Ansdjuch) am 6. Februar 1918 an den Vorsitzenden des Sächsischen Richtervereins gerichtet haben, und in dem sie die Ausschließung des damaligen fortschrittlichen Landtagsabgeordneten, Landgerichtsrat Brodau, aus dem Sächsischen Richterverein wegen seines „demagogischen Treibens“ fordern:

„Die Art und Weise — so heißt es in jenem Schreiben —, wie er seine verkehrten politischen Ansichten zur Geltung zu bringen suchte, wie er als königlicher Beamter gegen die Regierung ankämpfte, ja sogar die Vorzüge der Sozialdemokratie gegen diese, noch dazu in der gegenwärtigen Zeit, unterläßt, ist außerordentlich bedauerlich. Er schädigt das Ansehen des Richterstandes ganz erheblich... Kann bedauerlicherweise gegen diesen nicht dienstlich eingeschritten werden, so ist uns so sehr geboten, daß seine Standesgenossen gegen ihn, und zwar auch in der Öffentlichkeit, Stellung nehmen.“

Vor einiger Zeit hatte der „Vorwärts“ in einem Leitartikel des Herrn Max Gronfeld (Nr. 161 vom 27. März 1920) von dem tiefen Mißtrauen gesprochen, welches im Volke gegen die Justiz herrscht. Die „Deutsche Juristenzeitung“, das verbreitetste Organ der deutschen Juristen, das in unerlässlicher Ministerarbeit unter dem Scheine der Neutralität die Rechte des deutschen Volkes zu untergraben und der Reaktion in der deutschen Justiz Vorschub zu leisten sucht, hatte diesen Artikel zum Anlaß genommen, um eine drohende Anfrage an die deutsche Regierung zu richten:

„Was gedenkt die Reichsregierung, was gedenkt vor allem der Reichsjustizminister und u. a. der parlamentarische Unterrichtssekretär im preussischen Justizministerium, der sozialdemokratische Abgeordnete, frühere Oberlandesgerichtsrat Freymuth, gegenüber einer solchen Schmähung des gesamten deutschen Richterstandes zu tun, die im „Vorwärts“, dem der Regierung nachstehenden Organe, veröffentlicht ist, eine Schmähung, die sogar noch weit über die Neuschreibungen des unabhängigen Rechtsanwalts Dr. Cohn (vergl. S. 2, 1919 der „Deutschen Juristenzeitung“) hinausgeht?“

Wir gestalten uns auf diese Anfrage unerwartet mit einer „kleinen Anfrage“ zu erwidern: Wie sollen wir Richtern Vertrauen entgegenbringen, welche in so leichtfertiger Weise die Ehre ihres eigenen Amtsgenossen zu untergraben suchen, wie jene vier sächsischen Richter, und die sich zu einem so häßlichen Unternehmen bestimmen lassen, lediglich aus dem Grunde, weil jener Kollege einer anderen politischen Richtung angehört. Was sagt denn die „Deutsche Juristenzeitung“, die sich ja als die berufene Schlichterin des deutschen Richterstandes aufspielt, zu dieser unerhörten Schmähung, die einem deutschen Richter von seinem eigenen Amtsgenossen widerfährt?

Und wie charakteristisch für die heute in deutschen Richterkreisen herrschende Stimmung ist es, daß ein solcher Brief an den Präsidenten des Sächsischen Richtervereins geschrieben werden konnte, daß jene Herren also darauf rechneten, daß sie bei ihrem Vorgehen bei der offiziellen Landesvertretung der deutschen Richter Widerhall finden würden. Sie vertrauten also darauf, daß ihre Kollegen gegen den eigenen Standesgenossen ein ehrenrühriges und ungerechtes Urteil fällen würden, nur weil dieser fortschrittliche Auffassungen befreundete. Und da soll der gewöhnliche Bürger, der den linkslebenden Parteien angehört, zu eben jenen Richtern das Vertrauen haben, daß sie ihn unabhängig von seiner politischen und von seiner Klassenzugehörigkeit beurteilen. Das ist denn doch etwas viel verlangt. Und ehe die „Deutsche Juristenzeitung“ sich über das Mißtrauen des „Vorwärts“ entrüstet, tut sie ein andermal gut, sich mit jener Geminnung zu befassen, die in dem denkwürdigen Schreiben der vier säch-

sischen Richter zum Ausdruck kommt, denn nirgends noch ist der Gerechtigkeitsinn deutscher Richter so niedrig eingeschätzt worden, wie hier von den eigenen Kollegen. Das geht wahrlich noch über die Neuschreibungen des Abgeordneten Cohn, das geht sogar noch über den für die „Deutsche Juristenzeitung“ so gräßlichen Artikel des „Vorwärts“ hinaus.

Zu mißbilligen ist auch die Tatsache, daß der Präsident des Sächsischen Richtervereins es nicht für nötig erachtete, den in seiner Ehre aufs schwerste angegriffenen Kollegen davon Mitteilung zu machen. Ja, man wollte sogar Herrn Landgerichtsrat Brodau eine Abschrift des Schriftstückes zu-

Allgemeine Funktionärkonferenz der S. P. D.

am Freitag, den 13. August, abends 6 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung: „Kriegsgefahr und Neutralität“. Ref.: Genosse Richard Fischer.

Alle Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angehörten- und Beantwortevertreter werden angefordert, volkhäßig anwesend zu sein. Grüne Karten und Mitgliedsbuch gelten als Legitimation.

Der Bezirksvorstand.

nächst nur unter der Bedingung geben, daß er sich verpflichtete, von dieser keinen politischen Gebrauch zu machen. Also das parteipolitische Interesse stand jenen Männern höher, als die Ehre des Kollegen. Ja, Herr Landgerichtspräsident Dr. Wagner scheute sich sogar nicht, in der Sächsischen Volkskammer die Erklärung abzugeben, das Vorgehen gegen Brodau habe mit Parteipolitik nichts zu tun! Dieselben Kreise aber, die ihrem eigenen Amtsgenossen gegenüber alle Gerechtigkeit vernichten lassen, können sich nicht genug entrüsten, wenn ihnen seitens des Volkes kein Vertrauen entgegengebracht wird.

Ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit die Gewissenhaftigkeit und die Unbestechlichkeit des deutschen Richterstandes sehr hoch achten gelernt. Aber auf politischem und sozialem Gebiete können wir der heutigen Justiz ein Vertrauen nicht entgegenbringen. Die ausgezeichnete Kritik, die erst jüngst der in allen wissenschaftlichen Kreisen hochgeschätzte Professor Rodbruch im Reichstage an der deutschen Rechtsprechung geübt hat, war nur allzu berechtigt. Zutreffend ist auch im Reichstage gesagt worden, daß wir in Deutschland allein in der letzten Zeit nicht nur einen Fall, sondern 30 Fälle Dreyfus geholt hätten. Was unbestreitbaren Gerechtigkeitsinn, insbesondere in politischen und sozialen Fragen anbetrifft, so steht die englische oder Schweizer Rechtsprechung turmhoch über der deutschen. Dies muß gesagt werden, so sehr uns dieses Zugeständnis schmerzt.

Schon so weit ist es gekommen, daß unglaubliche Fehlurteile in politischen Prozessen gefällt werden, ohne daß man sich darüber wundert oder auch nur für nötig hält, gegen sie Protest zu erheben. So bringt die „Deutsche Juristenzeitung“ in der Nummer vom 1. Juli 1920 ein Urteil des Schöffengerichts Ahrensböck zum Ausdruck, in welchem die Verbreitung der Photographie: „Ebert und Koske im Döberbad Haffburg“ auch ohne Erlaubnis der Abgeordneten für rechtmäßig erklärt wird. Das Urteil widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesetzes! Ich richte an die angelebten Persönlichkeiten, welche auf dem Titelblatt der „Deutschen Juristenzeitung“ stehen, ich richte an Herrn Geheimrat Heinitz und an Erzellenz Bland, ich richte an Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Lindenau und Herrn Reichsminister Schiffer, ich richte an Erzellenz Bach und an Herrn Geheimrat Zittelmann die kleine Anfrage, ob auch nur ein einziger von ihnen jenes Urteil, welches von der „Deutschen Juristenzeitung“ (ohne ein Wort des Vorwärtens) zum Abdruck ge-

bracht worden ist, mit seinem guten juristischen Namen decken würde? Wenn im alten Deutschland eine Zeitung gewagt hätte, den fürstlichen Repräsentanten eines deutschen Staates oder einen seiner Minister in Bodehosen zu photographieren und das Bild ohne dessen Erlaubnis zu verbreiten, so würde man die Täter wegen Beleidigung monatelang ins Gefängnis gesteckt haben. Hier, wo es sich um einen republikanischen Präsidenten handelt, wird eine kraße Verletzung des Urheberrechtsgesetzes (§ 23 Abs. 2) von 1907 für eine rechtmäßige Handlung erklärt.

Findet jenes Urteil Anerkennung, dann läuft jeder Politiker und jeder Künstler, der ein Herrenbad in Dänemark (wo das Tragen von Bodehosen nicht üblich ist), aufsucht, Gefahr, bei seiner Rückkehr kein Bildnis im Adamskostüm an den Strahnenenden Berlins angelagert zu finden. Das ist die Gerechtigkeit, welche deutsche Berichte dem Repräsentanten der deutschen Republik widerfahren lassen!

Ich frage: in welchem zivilisierten Staate (außer Ungarn) wäre ein solches Urteil gegenüber einem auch noch so verhassten Politiker, geschweige denn gegenüber dem Repräsentanten des Staates möglich? Ich frage: wie lange wird sich das deutsche Volk noch eine solche Rechtsprechung gefallen lassen?

Groß-Berlin

Moderummel.

Berlin hat zurecht sein öffentliches Theater — eine Modeweche. Die Leute, die die Mode machen, sind außer Mand und Band, desgleichen die Herrschaften von der Aientoppunkt und ihre Anhänger. Die deutsche Kultur und im besonderen die Berliner Kultur ist im Begriff, wieder herrlich zu erblühen, denn das neue Männerkleid, der „Tanzjaffo“, ist glücklich zur Welt gebracht. (Mit Revers und sechs Knöpfen, aber der oberste ist nicht zum Knöpfen.)

Alle Modeschreiber der Berliner Presse haben es jetzt glücklich festgestellt, daß es jetzt wirklich mit und aufwärts geht. Es gibt in Deutschland ja noch einige heisse Dinge, bei denen es nicht so ganz klappt, aber das ist zunächst nebensächlich, die Hauptsache ist, daß wir den „Tanzjaffo“ haben.

Man will uns in dieser Woche „erziehen“. Die „führenden Köpfe“ des Modewerandes sagen, daß sie uns erziehen wollen, nicht gerade uns, aber das „große Publikum“. Wenn das „große Publikum“ dann gut erzogen ist und allerlei schöne Kleider allwohin zu tragen versteht, dann wird es wahrscheinlich Deutschland zu hohen Ehren führen.

Zunächst darf festgestellt werden, daß die Modeweche mit vollem Erfolg einer Reihe von besonderen Witzbüchern, die keine weiteren Kopfschmerzen als ihre Vögelstöße haben, die bunten und köstlichen Dinge gezeigt hat, die vielleicht einige Reichtumskinder in Deutschland zu kaufen imstande sind. Zugewandte zerbrechen sich die übrigen — zig Millionen Deutschlands den Kopf, wie sie es möglich machen sollen, sich bei passender Gelegenheit zu einem erschwinglichen Preise einen Anzug zu kaufen, der auch nur noch der Mode von vorvorgestern gebaut wäre. Das sind aber Dinge, die sich die „Kulturverächter“ Helden der Modeweche wenig kümmern lassen.

Vor allem erfahren wir dagegen, daß es doch noch einige vorbildliche Deutsche gibt unter der Masse der schrecklich ordinären, die erst „erzogen“ werden müssen. Neben all den göttlichen Aientoppgrößen muß sich besonders „Bobbi Lübbke“ als vorbildlich erweisen haben. Bobbi wird von der bürgerlichen Presse allseitig als reichend bezeichnet, denn er trug einen Cowbobbi und hielten Homespun, was bekanntlich zu den Attributen eines vorbildlichen Deutschen gehört. Also Bobbi ist der kommende Mann. Die anderen, die „Masse“, so schreibt eine Modedichterin, sei „einfach fürchterlich“ gewesen. Im „Berliner Tageblatt“ ist einer empört über die „Gewilderung der Herrenkleidung“ und verlangt „kulturelle Erkenntnisse“ (hoffentlich mit Bezug auf die Fabriklanten, die nur 5000-M.-Anzüge produzieren.)

Nachdem der Durchschnittsdeutsche diese mit vollem Ernst vorgelegten Weisheiten der „führenden Köpfe“ gründlich in sich

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamjun.

Er kommt nach Storborg und hält an: „Brrr! Ist Eleus daheim?“ — Eleus kommt heraus. „Jawohl, er ist daheim, er ist noch nicht abgereist, aber er will abreisen, er will seinen Frühlingsausflug nach den Städten im Süden antreten. — „Da schick dir die Mutter etwas“, sagt der Vater. „Ja, weiß nicht, was es ist, es wird weiter nichts Besonderes sein.“ — Eleus nimmt die Gesäße entgegen, dankt und fragt: „Hast du nicht auch einen Brief oder so etwas?“ — „Doch“, antwortet der Vater und sucht in seinen Taschen. „Er ist wohl von der kleinen Rebekka.“ — Eleus bekommt den Brief, darauf hat er erwartet, er sieht, daß er schon die ist, und sagt zu seinem Vater: „Es ist sehr schade, daß du so früh kommst, zwei Tage zu früh. Aber wenn du ein bißchen warten willst, kannst du meinen Koffer gleich mitnehmen.“

„Naf steigt ab und bindet das Pferd an. Dann macht er einen Gang über die Felder. Der kleine Lodenkleider Androsen ist kein schlechter Landwirt auf Eleus Grund und Boden, Sivert ist ihm allerdings mit den Pferden von Sellanraa zu Hilfe gekommen, aber er hat auch ganz eigene Faust Moor entwässert und einen Mann zu Hilfe genommen, der die Grabenränder mit Steinen belegte. In diesem Jahr brauchte auf Storborg kein Fuhrer gelauft zu werden, und im nächsten Jahr konnte sich Eleus vielleicht ein eigenes Pferd halten. Das hatte er Androsens Freude an der Landwirtschaft zu verdanken.

Nach einiger Zeit ruft Eleus, daß er seinen Koffer gepackt habe und fertig sei. Er selbst steht auch fertig da und will mitkommen, er hat einen schönen blauen Anzug an und trägt einen weißen Krager um den Hals, Galoschen an den Füßen und einen Spazierstock in der Hand. Allerdings kommt er so mehr als zwei Tage zu früh für das Postboot, aber das macht nichts, er kann ja im Dorf so lange warten, es ist ganz einerlei, wo er sich aufhält.

Vater und Sohn fahren ab. Der Lodenkleider Androsen steht unter der Lodenhülle und wünscht: „Glückliche Reise!“

Der Vater ist besorgt für seinen Sohn und will ihm den Weg allein überlassen, aber Eleus lehnt sofort entschieden

ab und setzt sich neben den Vater. Sie kommen en Breidablick vorbei, da fällt Eleus plötzlich ein, daß er etwas vergessen hat. „Brrr! Was denn?“ fragt der Vater. O, es ist der Regenschirm. Eleus hat seinen Regenschirm vergessen, das kann er nicht so offen sagen, deshalb sagt er nur: „Das hilft jetzt nichts, ja, ja!“ — „Wollen wir nicht umkehren?“ — „Nein, fahr nur zu!“ — Aber es war eine verurteilte Sache, daß er auch so vergeblich sein mußte! Das kam von der großen Eile, weil der Vater über die Felder wanderte und auf ihn wartete. Nun mußte sich Eleus eben, wenn er nach Trondheim kam, einen neuen Regenschirm kaufen. Es tat ja auch nichts, wenn er zwei Regenschirme hatte. Aber er ist so ärgerlich auf sich selbst, daß er abspringt und hinter dem Wagen hergeht.

Auf diese Weise können die beiden nicht viel miteinander reden, weil sich der Vater nun bei jedem Wort umdrehen und über die Achsel reden muß. Der Vater fragt: „Wie lange bleibst du weg?“ und Eleus antwortet: „Drei bis vier Wochen etwa.“ — Der Vater spricht seine Verwunderung aus, daß sich die Leute in den großen Städten nicht verirren, aber Eleus sagt ihm, er selbst sei an die großen Städte gewöhnt, er habe sich noch nie verirrt. — Nun meint der Vater, es sei eine Schande, daß er allein auf dem Wagen sitze, und er sagt: „Nun muß du eine Weile fahren, ich mag nicht mehr.“ Eleus will jedoch seinen Vater um keinen Preis von dem Sitz vertreiben und steigt lieber selbst wieder zu ihm auf. Aber vorher hatten sie eine Mahlzeit aus des Vaters schönem Mundvorrat. Dann fahren sie weiter.

Endlich kommen sie zu den beiden Anziedlungen, die am weitesten unten im Tal liegen, und man merkt jetzt wohl, daß man in der Nähe des Dorfes ist, an beiden Orten hängen vor dem kleinen Stubenfenster, das nach der Straße geht, weiße Vorhänge, und auf dem Dachfirst des Neubodens ist eine kleine Stange für die Flagge zu Ehren des siebzehnten Mai aufgeschraubt. — „Das ist der Hjal selbst“, sagen die Leute der beiden Anziedlungen, als sie die Reisenden sehen.

Endlich vermag Eleus seine Gedanken so weit von seiner eigenen Berion und seinen eigenen Angelegenheiten abzulenken, daß er fragt: „Was hast du eigentlich heute vor?“ — „Um! eigentlich nichts Besonderes“, erwidert sein Vater. „Aber Eleus reise ja jedenfalls ab, so konnte es also nichts schaden, wenn er erfuhr, was der Vater vor hatte. — „Die Jemine vom Schmied will ich holen“, erklärt der Vater, ja

gesteht er wirklich zu. — „Ruhst du dir selbst die Mühe machen; hätte denn nicht Sivert fahren können?“ fragt Eleus. — „Sagt, Eleus verstand es nicht besser, er meint also, Sivert werde Jemine mit dem Wagen wieder holen, nachdem sie einmal so hochmütig getan und von Sellanraa fortgegangen war!“

Nein, es war letztes Jahr mit dem Heumachen gar nicht gegangen. Jnger hatte sich allerdings sehr dorangehalten, wie sie versprochen hatte, Leopoldine tat auch ihre Arbeit, und dazu hatten sie auch den Deurechen, der von einem Pferd gezogen wurde. Aber das Heu war zum Teil säueres Timotheusgras und die Biesen weit vom Hause entfernt. Sellanraa war jetzt ein großes Gut, die Frauen hatten dort anderes zu tun, als Heu zu machen; all das viele Vieh mußte versorgt werden, das Essen mußte zur rechten Zeit fertig sein, das Buttern und Käsemachen war zu besorgen, desgleichen das Malchen und das Waden, Mutter und Tochter schafften sich gar zu sehr ab. Einen solchen Sommer wollte Hjal nicht noch einmal erleben, er bestimmte kurz und gut, daß Jemine wieder kommen solle, wenn sie zu haben sei. Jnger hatte jetzt auch nichts mehr dagegen, sie hatte ihren Verstand wieder und sagte: „Reinnetwegen macht es, wie du willst.“ O, Jnger war jetzt fähiger geworden, es ist keine kleine Sache, wenn man keinen verlorenen Verstand wieder kriegt. Jnger hatte keine heiße Blut mehr zu verstanden, keine innere Leidenschaft mehr im Raume zu halten, der Winter hatte sie abgekühlt, sie hatte kaum mehr Mut genug für den Hausbrauch. Sie fing jetzt an, an Körperfülle zuzunehmen, schön und stattlich sah sie aus. Es war merkwürdig, wie wenig sie alterte, sie wurde nicht stückweise alt und weiß, vielmehr kam es daher, weil sie erst so spät aufgeblüht war. Gott mag wissen, woher alles kommt, nichts hat nur eine einzige Ursache, alles hat eine Ursachereihe! Und hatte nicht Jnger das größte Lob bei der Frau des Schmiedes? Was konnte die Schmiedfrau ihr vorwerfen? Durch ihr verunglücktes Gesicht war sie um ihren Venz betrogen worden, später war sie in künstliche Luft veretzt worden, und dadurch waren ihr sechs Jahre ihres Sommers gestohlen; da sie aber doch heiße Blut hatte, mußte ihr Herbst wilde Schöplinge treiben. Jnger ist besser als so eine Schmiedfrau, zwar ein bißchen beschäbigt, ein bißchen verzerrt, aber eine gute Natur, eine tüchtige Natur...

(Fortf. folgt.)

aufgenommen hat, wird er hoffentlich wissen, was uns fehlt, und zerknirscht in den bewußten Tanzsack gehüllt, von dem der oberste Knopf beiseite nicht zugespitzt werden darf, als neuer Deutscher ein neues Leben beginnen.

Lustmord an einem Mädchen.

Leichenfund im Teich des Schöneberger Stadtparks.

Einem Verbrechen ist anscheinend ein junges Mädchen zum Opfer gefallen, dessen Leiche vorgestern aus dem Teich des Schöneberger Stadtparks gelandet wurde. Zwei städtische Parkwächter, welche vorgestern in der Nähe der Fußgängerbrücke eine weibliche Leiche im Wasser liegend, Sie benachrichtigten das zuständige Revier, dessen am Hundst erdichene Beamte feststellten, daß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um ein Verbrechen handelt. Um den Fall der Leiche war ein starker Bindfaden gewickelt, der sich anscheinend im Wasser gelöst hatte. An der Kehle waren deutlich frische Strangulationsmerkmale sichtbar.

Die Wache benachrichtigte jetzt das Schöneberger Polizeipräsidium. Der Gerichtsarzt konnte jedoch die Todesursache nicht bestimmt feststellen. Offenbar aber ist der Tod durch Ertrinken eingetreten. Es wird angenommen, daß das Mädchen gewürgt, vergewaltigt und dann noch lebend, aber bewußungslos in den Teich geworfen worden ist. Ein Selbstmord ist nicht erklärlich und auch unwahrscheinlich. Näheren Aufschluß wird wohl der Leichenfund bringen, wenn es gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Dienstmädchen aus der Gegend des Stadtparks. Das Mädchen ist etwa 17-18 Jahre alt, 1,65 Meter groß und schlank, hat dunkles Haar, blaue Augen und hellblonde Augenbrauen und trug eine schwarze Tuchhülle mit gelbem Spachtelkragen, einen schwarzen Tuchrock, eine blaue Schürzenhaube mit rot und weiß gestreifter Schürzenrinne, schwarze, lange Florstrümpfe und schwarze, hohe Schürzenhülle. Das Hemd trägt das Zeichen H. P. 1911. Die Leiche wurde zur Obduktion nach dem Schöneberger Schandhaufen in der Euthanasie gebracht. Nachricht über die Tote nimmt Kriminalkommissar Hosenjäger im Zimmer 14 des Schöneberger Polizeipräsidiums, Brunnenwallstr. 68, entgegen.

Geschwister Nögler.

Die Pläne eines Verbrecherpaars.

Der Raubmord im „Münchener Hof“ beschäftigt immer noch weiter die Kriminalpolizei auch aus dem Grunde, weil der dringende Verdacht besteht, daß Gertrud Nögler außer dem raffinierten Hoteldiebstahl in Braunlage mit einem gewissen „Audi“ zusammen noch an der Diebstahl in Hotels und Wohnungen in Altenburg und Leipzig besonders ausgeübt hat. Ernst Nögler und seine Schwester wurden vorgestern von dem Kriminalkommissar Gennat und Wäcker noch einmal stundenlang verhört, um auch diese Dinge ganz aufzuklären. Hierbei kam man auch auf das Verbrechen im „Münchener Hof“ noch einmal zurück. Nach dem Geständnis der Geschwister war zunächst geplant, Wolfner gleich beim Betreten seiner Wohnung zu überfallen und des wertvollen Brillantringes zu berauben. Dieser Weg schien jedoch aus den schon mitgeteilten Gründen nicht recht gangbar zu sein. Deshalb kamen die Verbrecher auf einen anderen Gedanken, der erst durch das vorgestrichene Verhör bekannt geworden ist. Gertrud Nögler sollte in dem Café des Westens die Bekanntschaft Wolfners machen und versuchen, ihn an sich zu fesseln. Sie sollte ihn dann zu einem Abendspaziergang im Grunewald verleiten und ihn dort an eine abgelegene Stelle führen. Vord sollte, mit der Beifahrerin angetrieben, dem Paar folgen und an der geeigneten Stelle über Wolfner herfallen. Dieser Plan wurde nur deshalb aufgegeben, weil er zu viel Zeit in Anspruch nahm. Der alte Nögler hatte nämlich im Saal ein Hotelpersonal gepöbeln und seinen Kindern gezeigelt, daß sie sofort nach Hause kommen sollten. Um nun rascher zum Ziel zu gelangen, haben die Verbrecher von dem Vorhaben im Grunewald ab und kamen auf den Heberlaß im „Münchener Hof“, zu dem sie dann sofort alle Vorbereitungen trafen.

Was die Einbrüche und Diebstähle betrifft, die Gertrud Nögler mutmaßlich zur Zeit fallen, so bestreitet sie diese außer dem Braunlager Hoteldiebstahl ganz entschieden. Ihrem Reuigen steht jedoch entgegen, daß sie ihrem Bruder von den verschiedensten Straftaten dieser Art in aller Ausführlichkeit und in allen Einzelheiten erzählt hat. So von einem Einbruch bei einem Landwirt, bei dem sie an einem Spalier emporgellettert sei, bei einer Schauspielerin in Altenburg, wo der Einbruch mit einem Sprung aus dem ersten Stock geendet habe usw. Das Mädchen behauptet, daß es alle diese Erzählungen erdichtet habe, um ihrem Bruder die Heberzeugung beizubringen, daß sie wohl fähig und imstande sei, für ihn den Hoteldiebstahl in Braunlage auszuführen. Ernst Nögler dagegen behauptet, daß nicht er, sondern seine Schwester die

treibende Kraft gewesen sei. — Am Schluß der Verhöre wurde der alte Nögler seinen Kindern gegenübergestellt. Er glaubt, daß nicht seine Tochter, sondern sein Sohn Ernst die treibende Kraft gewesen sei, den wiederum Vord auf dem Gewissen habe. Er behauptet, daß seine Tochter von jeher ein schwaches und leidendes Kind gewesen sei. Wie weit das zutrifft, mag dahingestellt sein. Jedenfalls hat das Mädchen, das auch selbst zugibt, schon in früher Jugend viel getrunken und seinen Körper gefähigt zu haben, wiederholt so auch bei der Tat im „Münchener Hof“ auch erhebliche Körperkraft gezeigt. Es ist von Kindheit an mehr männlich als weiblich veranlagt und hat stets mit Vorliebe heimlich männliche Kleidung getragen.

Die Erleichterungen im Baugesetz.

Der Herr Minister für Volkswohlfahrt hat mit sofortiger Wirkung das bisherige Freigabeverfahren für alle Arten von Baustoffen in vollem Umfange bis auf weiteres aufgehoben. Danach unterbleibt von jetzt an, wie die städtische Baupolizei mitteilt, sowohl die Vorprüfung durch die unteren Verwaltungsbehörden wie die Nachprüfung des Baustoffbedarfs durch die Baustoffbeschaffungsstellen, da Anträge auf Baustoffbewilligung nicht mehr erforderlich sind. Nicht berührt wird durch die Aufhebung des Freigabeverfahrens das bisherige Verfahren betreffend Vorprüfung der Dringlichkeit, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Bauvorhabens vor Erteilung der Baugenehmigung. Den Anträgen auf Erteilung von Baugenehmigungen ist daher stets eine übersichtliche Berechnung der erforderlichen Baustoffe beizufügen. Die vom Oberpräsidenten von Preußen erlassenen Bekanntmachungen über das Verbot der Verwendung von bewirksamem und nicht freigegebenen Baustoffen usw. und über die Freigabe von bewirksamem Baustoffen vom 1. April sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Die juristische Sprechstunde findet morgen, Mittwoch, nicht von 3-5 Uhr statt, sondern von 4 1/2-7 Uhr.

Die städtische Volkshochschule an der Schillingbrücke ist kirchlich dem Publikum wieder zugänglich gemacht worden, nachdem es dem Magistrat gelungen ist, einen kleinen Kohlenvorrat für diesen Zweck zu erlangen. Der Betrieb wird solange als irgend möglich fortgesetzt werden. Klassenstunden sind bis auf weiteres von 12 Uhr mittags bis 8 1/2 Uhr abends festgesetzt. Im Interesse der Allgemeinheit liegt es, daß der Einzelne die Vabeszeit nicht über die Gebühr ausdehnt, damit von der Vabesrichtung möglichst viele Einwohner Gebrauch machen können. Des ferneren muß damit gerechnet werden, daß unter den heutigen Verhältnissen nicht die Ansprüche an die verbreiteten Bäder gestellt werden können, als in normalen Zeiten. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß in Anbetracht der schlechten Verhältnisse der zur Verfügung stehenden Kohle Bäder im allgemeinen mit geringeren Wärmegraden wie früher verabreicht werden.

Freigabe weiterer Kohlenkartenabschnitte. Vom Donnerstag, den 12. August, ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abschnitte freigegeben: Abschnitt 6 der 12-Zentner-Kohlearte, Abschnitt 16 der 16-Zentner-Kohlearte, Abschnitt 28 der 24-Zentner-Kohlearte, Abschnitt 36 der 32-Zentner-Kohlearte; Abschnitt 6 der 5-Zentner-Dienlearte, Abschnitt 16 der 10-Zentner-Dienlearte, Abschnitt 26 der 20-Zentner-Dienlearte, Abschnitt 36 der 30-Zentner-Dienlearte, Abschnitt 46 bzw. 56 und 66 der 40-Zentner-Dienlearte; Abschnitt 17-18 der neuen Kohlearte; Abschnitt 11-12 der Sonderlearte. Bevorzugt zu beliefern sind die früher freigegebenen Abschnitte der Kohle, Dien-, Koks- und Sonderlearte, sofern sie nicht für verfallen erklärt sind.

Rettungsdienst auf Wasserläufen. Der Groß-Berliner Verband für das Rettungswesen wird in Gemeinschaft mit dem Reichswasserbauamt auf den Wasserläufen des zukünftigen Groß-Berlins bereits Sonntag einen Rettungsdienst mit Schnellbooten einrichten. Die Motorboote werden einen Rettungsbooten und die nötigen Rettungsgeräte an Bord führen und auf den belebtesten Gewässern kreuzen. Der Rettungsdienst wird bereit vom nächsten Sonntag an auf dem Tegeler See stattfinden. Nebenliche Einrichtungen auf dem Wannsee und dem Müggelsee sind in Aussicht genommen.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet heute in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Vorverkauf findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Auguststraße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 15, im Jagarengeschäft von Porck und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Republikanischer Führer-Bund. Bezirk 21 (Südosten). Versammlung am Freitag, den 18. August, 7 Uhr, Falkner Str. 51/52. Erscheinung dringend notwendig, da wichtige Tagesordnung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Johannisthal. Aufgabe von Lebensmitteln vom Freitag, den 13. ds. Mts. ab in den hiesigen Reichshandelsgefällen nach Bundesratsbeschlüssen auf Allgemeine Lebensmittelkarte Abschnitt 660 500 Gramm Suppenmehl, 661 2 Etl. Suppenmehl, auf Lebensmittelkarte des Kreises Leitow Abschnitt 26 250 Gramm Feigwaren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 11. August:

- 24. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Christburger Str. 14. Thema: Spa und die politische Lage.
- Charlottenburg. 13. Gruppe. 7 Uhr Gruppenversammlung Schulaula, Fetschplatz 40. Thema: Die Steuerfrage.
- Steglitz. Die Zahlende sind in den bekannten Lokalen.
- Viktorstraße. Mitgliederversammlung 8 Uhr in der Schule, Moonstraße. Thema: Die politische Lage. Referent: Alfred P. u. l. s.
- Cherichowenstraße. Zahlende 8 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Gabel, Ball, Ecke Helmholzstraße. 2. Bezirk bei Deumann, Gull, Ecke Siemensstraße. 3. u. 4. Bezirk im Luisenpark, Marien-, Ecke Lindenstraße.
- Alt-Glitenide-Falkenberg. Der heutige Zahlabend fällt aus und wird auf Mittwoch, den 18. August, verlegt.
- Zeuthen. Mitgliederversammlung in dem bekannten Lokal. Zahlende 8 Uhr erwartet.
- Kaulsdorf. Mitgliederversammlung 8 Uhr bei Schwan, Köpenicker Straße 5.
- Weihensee. 1/2 8 Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen. 1. Bezirk: Lokal Klinge, Köpenicker Str. 2. 2. Bezirk: Lokal Stärke, Charlottenburger Straße 3. 3. Bezirk: Lokal Betsdorf, Langhansstr. 62. 4. Bezirk: Lokal Schönefeld, Schönstr. 70. Tagesordnung auf sämtlichen Bezirksabenden: Bericht vom Bezirksklub.
- Pankow. Mittwoch 7 1/2 Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.
- Hermesdorf. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Lokal Döllner, Waldsee, Ecke Berliner Straße.
- Köpenick. Mitgliederversammlung 8 Uhr im Lokal Petron, Hauptstraße 15. Thema: Die politische Lage. Referent: Kurt Häußler. Anträge der einzelnen politischen Lage ist das Erscheinen eines jeden Mitglieds Pflicht. Gäste haben Zutritt.

Jugendveranstaltungen.

Seite 1/2 8 Uhr:

- Köpenick: Jugendheim Bornhof, Rudowstr., Mitgliederversammlung. — Ortner: Jugendheim Röhler, (Schulhaus), Mitgliederversammlung. — Waidhof: Jugendheim Gemeindefabrik Waidhofstr., Diskussionsabend. — Prenzlauer Vorstadt: Jugendheim Mädchenschule Senefelderstr. 6/7, Mitgliederversammlung. — Reichener Biererei: Jugendheim Glogauerstr. 12/16, Vortrag: „Bau des menschlichen Körpers.“ — Wittmerdorf: Jugendheim Gesangsclub Oberrealschule Seepark, Mädchenabend.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Dienstag, 10. Aug. 1. Dilland-Jagdrennen, 22000 M., 3000 Meter. 1. Jarin (Bismarck), 2. Fischer (Emidi), 3. Marc Anton (Buchholz), 4. Wilberia (Zaager), Diplomat (Amens), Kadro (Emsinger), Schafal (Seiffel), Diavolo (Abolde), Vanckerin (Dehr), Bin die hind (s. Keller), Reeder (Wegner) ausgef., Gerd (Rohd) abgefallen. Tot. Sieg 28:10; Pl. 14, 15, 41. 2. Preis von Gabelhorn, 22000 M., 1600 Meter. 1. Hellenebra (Danel), 2. Rubin (Dr. Benz), 3. Valtalar (Weiler), 4. Fucht (Staudinger), 5. Badel (Kasper), Tot. Sieg: 14:10; Pl. 11, 15. 3. Treue-Rennen, 22000 M., 1000 Meter. 1. Heiberg (Danel), 2. Galian (Lejmit), 3. Valerina (D. Schmidt), 4. Komballert (Winkler), 5. Diadem (Kastenberg), 6. Rander (Abelien), Erica II (Schäfer), Elm Rein (Zimmermann), Schadenfreude (Wenler), Kening (Dr. Benz), Tot. Sieg: 54:10; Pl. 15, 27, 14. 4. Preis von Rathenow, 22000 M., 1500 Meter. 1. Winora (Röben), 2. Raditschen (Buchholz), 3. Sonntagmadel (Wäbde), 4. Schandi II (Wegner), 5. Rübelle (Keremann), 6. Sieg (Wark), 7. Sochin (Wark), Der Schleier (Dehr), Triumph II (Zeigmann), Weshow (Wler), Stella II (Seiffel) gef. Tot. Sieg: 20:10; Pl. 43, 23 (Wäbde), 22 (Sonntagmadel), 5. Walsburg-Rennen, 27000 M., 1600 Meter. 1. Georgios (D. Schmidt), 1. Der Robe (Zimmermann), 2. Armerer (Wenler), 4. Ruder (Wenler), 5. Dunk (Abelien), 6. Peter-morden (Kastenberg), Apollot (Keremann), Quisa (Dr. Benz), Trajona (Danel), Colibus (R. Fischer), Balur (Kuppel), Dalaj Lama (D. Wäbde), Tot.: Der Robe 20:10, Georgios 33:10; Pl.: 21, 25, 38. 6. Erlau-Jagdrennen, 22000 M., 4000 Meter. 1. Giers Glorie (Bismarck), 2. Coray (Wler), 3. Cuir (Buchholz), 4. Alldra (Rohd), 5. Behmlinde (Amens), Tot. Sieg 12:10; Pl. 10, 11. 7. Sommer-Ausgleich, 22000 M., 2200 Meter. 1. Galala (Danel), 2. Givet (Quagenin), 3. Gindhart (D. Schmidt), 4. Henrich (Dr. Benz), 5. Feiertabend (Rohd), Wad (Keller), Sula (Diehl), Jandling (Deitrich), Schwereender (Larras), Bella-donna (N. Dreijig).

Der Jocke Seelisch, der mit Stella II führte, zog sich, da er von einem anderen Pferde gestreut wurde, einen schweren Schädelbruch zu. — Jocke Zimmermann, der mit Der Robe Vannwert anritt, wodurch Janel zu Fall kam, wurde wegen rücksichtslosen Reitens zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. — Waldur, der auffällig schlecht lief, hat nach Angaben seines Trainers noch unter den Nachwehen des Hustens gelitten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise heiter, veränderlich, ziemlich kühl, im Küstengebiet einzelne Regenschauer, im Binnenlande meist trocken bei mäßigen weichen Winden.

Die Sonne unter den Blumen.

Von Arwin Rath.

Bei Cassiter sah ich vor Jahren einmal, links in der Ecke des zweiten kleinen Ausstellungsräume — ich erinnere mich genau — das Profilbild eines jungen Mannes, dessen blonder Haarschopf lupinengelb, sonnenblumengelb vor einem blau braunen und flackernde, wie es nur im Süden aus der Nacht des All leuchtet. Jemand erzählt auch von Wogel selbst, wie er, der Feurige, unbefriedigt von dem narkotischen Halb des Blond, von diesem rasselnden Ton, als nämlich zu jenem flammenden Chrom kommt, wie er ständig das ganze Bild jammern und auf diese Flamme um die Stirn des Dargestellten einstimmen muß. — Und doch ist dies Bild des so hochgeschätzten Kahl. Zu einem solchen flammenden Kopf, zu einem solchen losmischen-Blau gehört nicht die miserierte Alltagsvisage irgend eines Araber Michanarts, sondern das elastisch brennende Antlitz eines Setaphs oder sowas.

So sich van Wogel in der alles überglutenden Farbe weit ausgebreiteter Lupinenselder, ausstößt oder in strahlenden Sonnenblumenloriolel schwelgt, da Wogel sich mit in dem Prachtglutengold der Sonne.

Wie zart, wie weich aber klingt diesen Farben vom Sastgrün und Chromgelb der Sonnenblume strogenden Wüden gegenüber das „Bild“ eines anderen Künstlers: „Der Sonnenblume gleich steht mein Gemüte offen.“ So malt Wogel, eigenartig, erst frapierend, und doch so großartig. Sonst wissen die Künstler vom Wort nicht recht mit der prangenden Blumenterfing fertig zu werden. Man begegnet ihr selten in der Laufe der Poesien.

Am so besser versteht ein Künstler der Wirklichkeit, der „Vergrarter“, sich mit der Sonnenblume hässlich und sommerlich unruhig einzurichten. Mit Vorliebe und Gleichmaß pflanzt der Laubentwisch in seinem Bordgärtchen diese hochschafte Kieflin, diese Sonne unter den Blumen, die beim Herannahen des Herbstes mit ihren kolossalen gelben Blütenkelchen dem vom Wind und Wetter mitgenommenen Sommerheim eine lichte freundliche Traulichkeit gibt und mit ihren ungeheuren Blättern die Häßlichkeit der oft geradezu terrapopenen „Erholungsstätten“ angenehm topoziert! Auch sonst in der Umgegend Berlins, wie bei Jehliendorf und Schlachtensee, findet man einige reizende Bauerngärten bei den Häuschen der Weidenflecker an den Vahnhügelgängen, in deren Anordnung sich eine Freude an der Blume kundgibt, wie man sie in den großen gärtnerisch gepflegten Villengärten vergeblich sucht.

Rote Georginen, Rittersporn, Tabakspflanzen, tiefamtblaue Petunien, rosige und gelbe, hoch anstehende Malven, buntfarbige Akeren und, alles beherrschend, die Sonne unter den Blumen, gedeihen einträchtig und sorglich gepflegt auf dem mageren Sandboden, in den Billionen und Trillionen winziger Kieselpanzer vorstulstlicher Algen, in die die laubendfasrigen Wurzelhaarbüschel des gelben Niesensblumenkindes hinabwurzeln. Als der Mensch noch in einem mühselig ausgebrannten und ausgeschürften Einbaum sich über die Flüsse wagt, hatte der Lebensgeist in dem kleinen Chlorophyllgrünen Zellchen, das sich in dem Kieselpanzer der Alge vermauert, bereits das Prinzip der Nüchternen Bräde, überhaupt jedes modernen großen Grünbauwerks „erfunden“. In jedem unterer Decalar gebrachten Wassertropfen unserer Tümpel kann man noch heute solche winzige Diatomeen, Kieselalgen, hinschieben sehen. Wald luglich, bald sichelförmig, bald wie ein zierliches Boot anzuschauen. Bei allen aber ist in wunderbarer Regelmäßigkeit der Ausführung, sodas jedes der kleinen Kieselpanzer wie ein unmutiges Kunstwerk wirkt, aus den zarten Wandlungen Material herausgepart. Unwillkürlich denkt man an die kunstvollen Durchbrechungen gotischer Gewölbe, wie des Natbaues zu Münster und an das kostbare Arabeskenwerk in den Tempeltüren arabischer Moscheen. Und an die Nüchternen Bräde. Denn hier ist schon die moderne Wissenschaft des heutigen Ingenieurs tätig gewesen, die bei Eisenbauten oder überhaupt, wo größte Sparbarkeit im Materialverbrauch notwendig ist, nur die Drucklinien maßig herstellt und die Füllungen leer läßt. Die zur Sicherung und Festigung der sonst sehr dünnen Festungsmauern des Diatomee-Konstruktiv unbedingt notwendigen Balken sind wie bei den alten und heute wieder neu werdenden Fachwerkbauten verdrängt und aus festerem Material in derbem Gerüst hergestellt.

Dies Kunststück im Bau des Hauses hat auch die Sonnenblume mit der Zeit herausgefunden. Sie, diese Hochragende und doch so Eckelnde, die unter jedem Windhauch pendelt, unterm Sturm bis zur Erde geschleudert, doch wieder elastisch und lebensstrogend aufsteht, sie hat in ihrem Innern, in diesem schmalen Schaft ihres Stengels ein Konstruktionsgerüst von solcher Härte, solcher Leichtigkeit und solcher Federkraft sich erbaut, das dagegen die Nüchternen Bräde oder der Eisseluum Stämpelwerk bleiben. Dieser immerhin dreihundert Meter hohe, sollte er unter einem Taifun in ein Pendeln kommen, das ihn fast die Seine beiprügte, wie würde es ihm ergehen? Würde er wieder aufspringen, wie das gelbe Kieflin, das doch neben ihm ein Großhalm ist?

In seinem Halm hat es den Eisselturm in kleinem, aber um so zäherem und festerem Maße federleicht aufgebaut. Zwischen die

das grüne Leben strömende Protoplastmasse in dies grüne Lebensmark der Pflanze steigen zahllose zäheelastische Säulen aus fast reiner Zellulose auf. Säulen! Köhren! Was bricht schwerer als eine Köhre? Diese zahllosen Köhren oder Köhren sich gleich unter der Oberhaut des Schaftes ringförmig zusammen, zu einem einzigen Rohr zusammen, das als „Kollenchymstruktur“ die Widerstandsfähigkeit der Sonnenblume gegen die auf sie ansturmenden Stürme bedingt.

Allerdings hat diese in einem Jahr emporgeschossene hochstengelige Krautköhre auch dem wütenden Brauser gegenüber ein mächtiges Gegengewicht in dem zentnerschweren Erdklumpen, den ihre Wurzeln durchspinnen. Mit diesem ganzen Ballen ausgegraben und auf die Erdoberfläche gestellt, behauptet sich die Stütze immer noch gegen den heulenden Antürmer.

Und die Emigrantin der Tropen, der das Gold Peru noch in den Haaren hängt, ist, was Pasia und Taifun angeht, etwas gewohnt. Nicht nur in ihrem tropisch hoch aufstehenden Wuchs verortet sie ihre Heimat, auch der für nordische Verhältnisse ungeheuerliche Samenteller, der nur ein Gegenstück in den Blütenstellern eines indischen Parfbaumes hat, weist auf ihre exotische Abkunft hin.

Der bald weiche, bald schwarze Samen ist nicht nur ein gutes Mittel, um der „Lügen Vora“ die Langeweile des Käfigstumpffins extrahieren zu machen. Im Krieg haben wir ganze Sonnenblumenwälder an den rollenden Fügen vorbeistiegen sehen. Aber auch früher war schon ein gut Teil des „Dübendöl“ aus dem Zeller der peruanischen Emigrantin geflossen. Heißgelb, hat das Del der Sonnenblume einen sehr angenehmen mandelartigen Geschmack und eignet sich prächtig zu jenen Fälschermantipulationen. Wenn gleich seine eigene Qualität vollkommen zum Speisöl anstaut und bei weitem jedenfalls dem häßlicheren Rüböl vorzuziehen ist. Was für ein gutes Kuchbich die Peruanerin doch ist! Sie macht uns nicht nur die Augen blank mit ihrer Wäpdracht, sie macht uns auch von oben bis unten blank, wenn's sein muß, läßt sich geduldig in der höllischen Keglauge des Sodastens im Brühfessel zu Seife fochen, läßt Firnis gar aus sich kammern und bietet noch mit ihren Wurzelknollen dem Geschmack der Südländer ein eigenartiges Mahl.

Welche Schmausereien aber hat sie schon vorher, als sie den Strahlenkranz ihrer Sonne eben entfaltet, den Viebesmittlern der Blüten geboten, denen zu Liebe, um sich ihnen möglichst auffällig zu machen, sie dieses kolossale Konglomerat von Blüten bildete. Und doch hätte sie diese und ihre Fremdbestäubung nicht nötig, da auf ihr die benachbarten Blüten bald ein zartes Verhältnis anknüpfen, das in einem Dauerklub ihrer Narbenästchen ausklingt.

Wirtschaft

Der Antrag Wissell im Reichswirtschaftsrat.

In der ersten Sitzung des Reichswirtschaftsrates wurde ein Antrag des Genossen Wissell über den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge und zur Behebung der Produktion einem Unterausschuß zur Vorbereitung überwiesen. Dieser Unterausschuß hat nunmehr einen sehr umfangreichen Bericht erstattet, der in der Dienstag-Sitzung der vereinigten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschüsse auf der Tagesordnung stand. Diese beiden Ausschüsse sind zu einer Erledigung dieses Berichtes nicht gekommen, da von verschiedenen Seiten dagegen Einspruch erhoben wurde, daß ein Bericht mit so weitgehenden Vorschlägen ohne genügende Prüfung durch die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse zur Verabschiedung gebracht werde. Die weiteren Verhandlungen finden am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, statt.

Die Vorschläge des Unterausschusses sind in der Tat überaus weitgehend, wenn man sie an den bisherigen kleinen Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge mißt. Was im Bericht besonders in die Erscheinung tritt, das ist die scharfe Stellungnahme gegen die Auffassung, als sei die Ursache der gegenwärtigen zur Abflachung führenden Teuerung die Höhe der Löhne. Es wird festgestellt, daß die Steigerung der Preise ihre Ursache im allgemeinen und in der Hauptsache nicht in der Höhe der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, sondern in erster Linie in den hohen Rohstoffpreisen hat. Die Löhne seien erst infolge der enormen Preissteigerungen gefolgt und hätten im allgemeinen die Höhe der Preissteigerungen bei weitem nicht erreicht. Dadurch sei eine Verminderung der Kaufkraft der breiten Masse eingetreten, die naturgemäß auch zu einer Verminderung des Konsums und diese wiederum zur Abflachung geführt hat. Es wird vorgeschlagen, einen scharfen Abbau der Rohstoffpreise und der Gewinne vorzunehmen.

Eingehende Vorschläge werden gemacht, die sich gegen den Abbruch von Betrieben und gegen die Stilllegung von Betrieben wenden. Es werden Maßnahmen von der Regierung verlangt, die die Erteilung von öffentlichen Aufträgen, Beschaffung von Kapital durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse der gewerblichen Genossen zum Gegenstand haben. Bei Abbrüchen sowie bei Stilllegung trotz Beanstandung oder Verbotes oder auch bei Ablehnung der angebotenen Hilfe durch den Unternehmer soll einer öffentlichen Stelle oder einer vorhandenen Veranlassung das Recht gegeben werden, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen, zu verpachten oder zu enteignen.

Im weiteren wird auf die Behördensplitterung der zentralen und mittleren Instanzen hingewiesen, die durch Vereinheitlichung der Wirtschaftsverfahren und Verbindung der nachgeordneten Stellen mit möglicher Verschleimung beseitigt werden soll. Es wird weiter auf die starken Hemmnisse bei einem angemessenen Abbau der Preise hingewiesen, die aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten Straffindustrie der Verbände erwachsen. Maßnahmen dagegen müssen in Betracht gezogen werden. Es scheinen namentlich diese Vorschläge und deren auch noch für einzelne Gewerbe angebotene Formen namentlich in den Kreisen der Befürworter des freien Speises der Kräfte Widerstand gefunden zu haben. Insbesondere war es der bekannte Herr Reimath, der sich gegen eine sofortige Beratung wandte.

Wir werden die Beschlüsse des Unterausschusses im Wortlaut unseren Lesern zur Kenntnis bringen und im einzelnen noch Stellung dazu nehmen.

Wachsen wir Bohnenkaffee?

Der Weltmarktpreis für das Pfund feinsten Santoskaffee beträgt ca. 7 Mark unvorläufig, im deutschen Großhandel kostet er ca. 18 Mark. Die am Kaffeehandel beteiligten Firmen fordern daher Öffnung der Grenzen und Aufhebung der zentralisierten Bewirtschaftung. Sie schreiben: „Die freie Einfuhr würde

überseische Firmen wieder wie vor dem Krieg zu Konfirmationen nach den deutschen Seepflegen veranlassen und dieser Umstand würde vorrat- und marktbildend auf die Seepflege wirken. Die günstigen Bedingungen eines Marktes mit seiner befruchtenden Ausstrahlung auf das Wirtschaftsleben sind von hoher Bedeutung. Die Seepflege könnten den Kaffeehandel mit dem Ausland, der bei Kriegsausbruch Oesterreich-Ungarn, Skandinavien, Finnland, das Mittelmeer und Südafrika umfaßt, wieder aufnehmen, der ergiebt Nutzen würde besternd auf die Saluta wirken. Ferner ist hier noch zu erwähnen, daß gerade die Kaffee produzierenden Länder die hauptsächlichsten Käufer deutscher Fabrikate sind.

Die deutschen Seepflege würden durch vermehrte Ausnutzung ihrer Kai- und Speiderranlagen durch den Umkreis- und Veredelungsverkehr neue Arbeitsgelegenheit und Verdienste schaffen. Der freie Handel wird infolge der allgemeinen Konkurrenz mit kleinerem Augen arbeiten, als der jetzt durch die beschränkte Einfuhr gefällige Handel. Die Versorgung des Inlandes würde deshalb besser und billiger als seither aussehen.

Die Zentralstelle für die Kaffeinfuhr hat heute, wie viele andere Beschaffungsstellen auf ihrem teuer eingekauften Kaffee und will nichts verlieren. Wenn die Läger geräumt sind, wird auch der billige Kaffee an den Markt kommen. Es bedarf der Feststellung, ob die Einfuhrzentrale ein privates Händlermonopol ist, oder eine gemeinwirtschaftlich aufgezogene Beschaffungsstelle. Die 600 prozentige Dividende der Heringseinfuhrgesellschaft hat fürchten Mißtrauen gegen diese Einfuhrzentrale erzeugt. Ob wir Bohnenkaffee in unbegrenzter Menge ins Land kommen lassen können, bedarf einer eingehenden Prüfung und kann nicht nur nach dem Händlerinteresse entschieden werden.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ bringt folgenden Bericht vom holländischen Kaffeemarkt.

Der außerordentliche Lagerhorrat an Kaffee in Holland dürfte mindestens 500 000 Sack betragen. Um die Abflaumöglichkeit für Kaffee aus den niederländischen Kolonien einigermaßen aufrechtzuerhalten, ist seit Jahresfrist aus Brasilien so gut wie nichts eingeführt worden. Gute, brauchbare Santos-Kaffees wurden fast nicht angeboten; was vorhanden ist, setzt sich zusammen aus harten und schlecht stehenden Sorten, die nur ungern durch den holländischen Konsum aufgenommen werden.

Die Ernte-Aussichten für die niederländischen Kolonien sind für 1920/21 gut. Man schätzt den Ertrag auf 800 000 bis 1 000 000 Sack. — Die Brasil-Ernte, die für die Weltmarkt der Kaffee allein ausschlaggebend ist, verspricht einen sehr hohen Ertrag. Die neuesten Schätzungen werden auf 12 000 000 Sack angegeben. Der deutsche Einfuhr auf die Kaffeekulturen und auf den Kaffeemarkt in Brasilien war vor dem Krieges bekanntlich führend. Die deutsche Firma Theodor Wille, Hamburg, und deren brasilianische Firmen Theodor Wille u. Co., Santos, Rio de Janeiro und Sao Paulo, galten gewissermaßen als ungetrübte Könige im Lande. — Wie berichtet wird, hat dieser Einfuhr während des Krieges nur vorübergehend gelitten.

Für Verbrauch und Preisgestaltung ist zunächst zu berücksichtigen, daß durch das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten dort der Kaffeekonsum bedeutend gestiegen ist. Man rechnet mit einem Mehrkonsum von in diesem Jahre von 3 000 000 Sack, der sich im nächsten Jahre noch um ein weiteres erhöhen dürfte. Die Ernteaussichten sind so, daß mit einem großen Ueberfluß gerechnet werden muß, und daß dadurch ein Sinken der Preise zu erwarten ist.

Die Ermäßigung der Tabaksteuer.

Nach Anordnung des Reichsministers der Finanzen beträgt die Ermäßigung der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1921 für Zigarren 75 Proz., für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen 50 Proz. und für feingehackten Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen 20 Proz. der vollen Tabaksteuergelege. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 M. für 1000 Stück, für feingehackten Rauchtabak nicht unter den Betrag von 32 M. für 1 Kilogramm ermäßigt.

Seminar für Kleingartenbau.

Der Preussische Landwirtschaftsminister hat der Gesellschaft für landwirtschaftliche Frauenbildung zu W. Gladbach die Genehmigung erteilt, der Rheinischen Gärtnerinstitutschule „Haus Ganderbheim“ zu Kaiserwerth a. Rh. von Ostern 1921 ab ein Seminar für Lehrerinnen des Kleingartenbaues mit praktischer Ausbildung zu veranstalten. Die Höchstzahl der Seminaristinnen ist vorläufig auf 15 festgesetzt.

Gerichtszeitung.

Verschobenes Heeresgut.

Die Sacher im Artilleriedepot Spandau.

Umfangreiche Verschöbungen von Heeresgut aus dem Artilleriedepot in Spandau, dem jetzigen „Reichswerk“, bildeten die Grundlage einer Anklage, die gestern 12 Personen auf die Anklagebank der Juristenkammer des Landgerichts III führte. Es befinden sich darunter mehrere Angehörige vom Spandauer Reichswerk, mehrere Rangierer und Kaufleute und es kommen Unterschlagung, Diebstahl und Rückenfällung in Frage. Sechs der Angeklagten sind bei der Verschöbung eines Waggons von 3000 Kilogramm Stahl im Werte von 45 000 M., sieben Angeklagte bei der Verschöbung von 15 000 Kilogramm Messing im Werte von 180 000 M. beteiligt. In diesen beiden Fällen ist die Verschöbung nur mit Hilfe raffinierter Fälschungen von Frachttreibern und Ueberleitungs-papieren möglich gewesen. In diesen Fällen mochten die von den Rechtsanwältinnen Justizrat Dr. Werthauer, Dr. Schmidt, Knip u. a. verteidigten Angeklagten durch die einander vielfach widersprechenden Angaben und die daraus sich ergebenden juristischen Schwierigkeiten eine Abtrennung dieser Anklage-fälle erforderlich. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schmidt soll dessen Klient, ein kaufmännischer Angestellter August Panke, gegen eine Kaution von 100 000 M. aus der Haft entlassen werden.

In dem zur Verhandlung übrig gebliebenen Fall handelt es sich um folgendes: Der Holzhändler Richard Stache verwaltete im Spandauer Artilleriedepot den Lagerplatz 2 am Südbahnhof. Er betrieb früher in Kottbus ein gutgehendes Holzgeschäft, war bei Kriegsausbruch zu den Waffen greift und ist schließlich durch den Krieg ruiniert worden. Als er bei dem Artilleriedepot beschäftigt wurde, bestand er sich in einer Interviewen Lage, die für ihn um so verwickelter wurde, als im Jahre 1919 seine Entlassung in Aussicht stand. Nun fand damals im Artilleriedepot eine genaue Kontrolle über die ein- und ausgehenden Materialmengen und Waggons statt und so kam es, daß Stache in seinem Lager eines Tages einen auf unerkennliche Weise dorthin gekommenen Waggon Stahl im Werte von ungefähr 75 000 M. vorfand. Da seine Nachforschungen nach der Herkunft dieses Waggons ergebnislos blieben, ließ er sich — wie er behauptet, durch einen Dritten — verleihten den Inhalt des Waggons zu verschleiben. Er wollte sich Geld schaffen, um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu betreiben, und benutzte den Profiteur der Firma Gustav Koeber, ihm 5000 M. zu geben gegen Verpändung des Stahls. Dies geschah, nachdem der Professor Kueber seinem Chef, der viel auf Reisen sich befindend, oberflächlich Mitteilung davon gemacht hatte. Aus der Verpändung ist später ein fester Kauf geworden. Die Anklage befaßt sich nun den Angeklagten Stache der Unterschlagung, Herrn Kueber und Herrn Koeber aber der Beihilfe, indem sie annahm, daß ihnen Jurell über den ebensinnigen Erwerb des Stahls hätten entstehen müssen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Stache 9 Monate Gefängnis, gegen die beiden Witwensklanten aber die Freisprechung, da der Sachverhalt zu ihren Gunsten erklärt sei.

Das Gericht sprach den Angeklagten Koeber, der sich weder der Heilerei noch sonst einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe, frei, hielt aber Kueber der Beihilfe für schuldig, da er bei der Heilerei des Eigentums an dem Stahl mitgewirkt, und verurteilte ihn zu 3 Monaten, den Angeklagten Stache zu 9 Monaten Gefängnis.

„Ich beantrage baldige Ausführung des Todesurteils.“

Gegen das vom Schöffengericht des Landgerichts III gegen den Massenmörder Schloffer Friedrich Schumann am 19. Juli ergangene Urteil war von Rechtsanwält Dr. Frey als Verteidiger des Angeklagten die Revision angemeldet worden. Die Revision hat sich infolge eines kaiserlichen Schreibens Schumanns an Dr. Frey erledigt. Das Schreiben lautet: „Ich verzichte auf Revision und wandle deren Nachnahme. Ebenso widerspreche ich einem von Ihnen beabsichtigten Gnadengesuch, da ich nach meiner Meinung unschuldig verurteilt bin und das Gericht für die Todesstrafe die Verantwortung trägt. Ich beantrage als mein Recht die baldige Ausführung des Todesurteils. Selbstmord habe ich nicht begangen und begehle ich nicht, da das ein Schuldgebühren wäre.“ Infolge dieses Schreibens hat der Verteidiger die Revision zurückgezogen und das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Kriegsanleihe wird mit 84% in Zahlung genommen.

4 billige Verkaufstage

Schluß Sonnabend abend 7 Uhr.

Prachistücke in Ulstern Modelle 650, 475, 325, 175
Sportjacken 16 1/2, Trikot-Sportjacken 45
Phantasie-Sportjacken 272
Gummimäntel für Herren 650, 475
Gummimäntel für Damen 495, 375, 290
Wundervolle Modell-Kostüme 1200, 800, 500
Impr. Mäntel 390, 275, 150
Astrachanmäntel 750, 525
Plüschmäntel 1800, 1500 Sealplüsch 2500
Pelzmäntel 9800, 6500, 4200

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Werden Umsatz seines
steigern und den Kundenkreis erheblich
erweitern will, bedient sich des
VORWARTS mit bestem Erfolg!

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 123
Sonnt. 11-1. Epiphlie, Horn-
Frauenleiden, Blutenstrich,
Schneid. Harn-, Schmerzhafte Be-
ehre Vermitelung, Teilsabla.

Für Händler

beste und billigste Bezugsgüter
Hofler-Dauerwäpfe,
Berlin, Snelienaufr. 66

Gold - Platin - Silber
Weiß- und Schmuckstücken
Bosch-Magnete
120/125 kauft
Deutsche Wertachen-
Zentrale Datto & Co.,
Oranienstr. 118.

Erfinder

bedienen sich zur Anmeldeung
und Verkauf ihrer Erfindungen.
Oben eines Patentnachdruckes,
Pat und Auskunst kostenlos!
Erfolg: u. a. Verkauf eines
Patentes durch unseren 111-
arbeiter für
850 000 M.

F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Alte Gebisse

auch einzelne Zähne
**Platin-, Gold-,
Silberbruch**
kauft wie bekannt höchst-
zahlend
Zahntechn. Laborat.
A. Rosenzweig,
Oranienburger Str. 38 hp.

Spez.-Beh. nur für Ischias

in Hüften, Gesäß und Beinen.
Da schwere Fälle in 15 Tag-
beseitigt werden, hierüber un-
antastbare Heilerfolge be-
stehen und Referenzen
Invalidenstr. 106
von 9-3. **Jacoby**

Kapitalanlage

Gothaer

Lebensversicherungsbank

auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.

Bisher abgeschlossene Versicherungen:

2 Milliarden

Millionen

Mark.

Alle Überschüsse gehören den Versicherten

Ankünfte erteilen kostenlos:

Karl Straube, Barockmühlgraben für
Preussen, Berlin SW, Zinsstrasse 67.
Fernruf: Zentrum 364 und 2662.
A. Jatzko, Berlin N, Seemannstr. Allee 140.
Fernruf: Norden 2394.
Hermann Nachrodt, Berlin SW, Jo-
hanniststr. 5, Fernruf: Moritzplatz 6526.
E. Gebhardt, Berlin SW, Schützen-
strasse 6, Fernruf: Zentrum 1802.
Dr. Wurtzschmidt, Berlin - Friedenau,
Stutenranchstr. 49, Fernruf: 1743b, 2363.
Joh. Witt, Schulin, Potsdam, Breite Str. 17.
H. Jenner, Berlin-Grün, Hansmannstr. 27.

Zweijährige Versicherung

Von der Reise zurück
Dr. Richter,
Spezialarzt
für Haut- u. Geschlechts-
leiden
Voreckstraße 16
(Sprechstunden 2-4 1/2 Uhr)

Von der Reise zurück
Frauenarzt Dr. Frankenstein
Landsberger Str. 76 (Alex.-Pl.)

Dr. Muskat,
Orthopäde, Chirurg, Unfall für
Königin, Höhenstr. 124, zuchd.

Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Uterleibsliden
u. Mann- u. Frauen, Blasen-
invalidenstr. 35, Ecke
Chausseestr. Steil. Hbf. Spr.
Wochentags 11-1, 1/2-1/2

Urininoblit
Zur Ausscheidung aller schär-
fen und kranken Stoffe aus
Blut und Säften, gegen Blut-
andrang, rotes Gesicht, Haut-
erkrankungen ist mein Blut-
reinigungspulver Sulfacin
seit über 25 Jahren wirksam
erprobt. Sch. 409. Uebel, 3
Schacht. 11.50, Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstr. 47.

Waffen
aller Art kaufen und
verkaufen. Frank & Co.
W & Markgrafstr. 50

!!! Geld !!!
für jede Verlechte, höchste An-
kaufpreise für Handbücher,
Bleistift, Goldgegenstände,
Spezial, Silber, u. Waffn.
Friedrichstr. 41 III, C. R. R. 117.

Das Entzücken der Hausfrau
Nur M. 120,-
Irrid. Kosten diese 4 garant. Prein-Aluminium-
Kochtöpfe. Franko-Nachn. direkt ab Fabrik.

Inhalt: 4 3 2 1 1/2 Liter m. Deckel

Hermann Detert & Co., Hannover 30.

Ebert der Ehrlose.

Deutschnationale Jugendverheugung.

In Dresden erfaßt eine „Deutschnationale Jugendzeitung“, die an Verheugung des Keuperste leistet. Wir zitieren aus Nr. 21 einen Absatz, der sich mit dem Streich an der französischen Volkshaus befaßt:

Ebert der Ehrlose und seine ebenso ehrlosen Generossen können auch das Gefühl für völkische Solidarität nicht zu fassen. Die Ermordung des deutschen Konsuls in Tadriss und das Attentat auf Hindenburg ließ die Herren kalt. Es handelte sich ja nur um beste deutsche Männer. Während sie sich aber in Spa alles gefallen lassen, treiben sie die Redensarten dem Feinde gegenüber bis zur Entstellung von Tatsachen und zur häßlichen Wankelheit! Verlangen die Herren denn eigentlich, daß sich das deutsche Volk das noch lange gefallen läßt? Wir können ihnen nur versprechen, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, um so oft wie möglich und bei jeder Gelegenheit das nationale Ehrgefühl zu betonen, wenn es die Regierung nicht tut, daß wir alles tun werden, um die

endgültige Finanzbeförderung der Entenkommissionen und ihrer Helfershelfer im Laufe der Zeit vorzubereiten, wenn nicht im Osten, dann im Westen.

Wollen die Deutschnationalen nach solchen Proben noch leugnen, daß ihre Verheugung die ausschließliche Schuld daran trägt, wenn sich Erzeugnisse la Kreuzzug wiederholen? Diesen Geiseln muß endlich das Schwert gelegt werden, denn das deutsche Volk ist es satt, die Fenster-scheiben zu bezahlen, die von politisierenden grünen Jungen eingeworfen werden.

Leichtfertige Ehrabschneiderei.

Ein verurteilter deutschnationaler Verleumder.

Kein Tag vergeht, an dem nicht von deutschnationaler Seite gegen Parteigenossen, die sich in Verwaltungs- und Regierungstellen befinden, die schwersten Beschuldigungen und Verunglimpfungen erhoben werden. So brachte u. a. die „Deutsche Tageszeitung“ vom 11. Dezember 1919 einen vom Rechtsanwalt Ernst Böttcher in Berlin verfaßten Artikel mit der Überschrift: „Wer nicht Sozialist ist — flieg“. In dem Artikel wurde behauptet, daß der als Kommissionsrat der Provinzialkartoffelstelle in Kiel tätige Kaufmann Jabel aus Neumünster gemahregelt worden sei, weil er nicht zur Sozialdemokratie gehöre. Die Provinzialkartoffelstelle habe sich in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei gestellt. Man habe sich nicht gescheut, das angelegene Geschäft des Kommissionsrats zu schädigen, indem man die Erlaubnis trotz dieses nur aus Parteirücksicht erklärten Verhaltens des Oberpräsidenten Kürbis in der Presse veröffentlichte. Weiter hieß, es in dem Artikel:

„Der Kommissionsrat hat wiederholt die Sozialdemokratische Partei in der Öffentlichkeit angegriffen, wofür man ihn auf diesem Wege quittierte. Wir werden demokratisch regiert. Der erste Grundsat der Demokratie lautet offenbar nach Herrn Kürbis auch für das Geschäftsleben: Wer nicht Sozialist ist, der fliegt!“ Aus Anlaß dieses Artikels hatte der Oberpräsident Kürbis wegen Beleidigung seiner Person und der ihm unterstellten Provinzialkartoffelstelle Strafantrag gegen den Verfasser des Artikels gestellt. Die Verhandlung fand in den letzten Tagen vor dem Schöffengericht in Kiel statt. Der Angeklagte nahm für sich den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches in Anspruch, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Zugaben mußte er aber, daß er nicht von dem Kaufmann Jabel persönlich beantragt sei, sondern er habe nur als Syndikatsanwalt mit ihm korrespondiert.

Das Schöffengericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1500 Mark und in die Kosten des Verfahrens. Weiter wurde dem Angeklagten die Publikationsbefugnis zugesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Der Artikel enthält eine ganz unangebrachte, offenbar vom Haß diktierte, unehrliche Provokation und brühte Bloßstellung des Oberpräsidenten.“

„Es liegt der Tatbestand des § 186 des Strafgesetzbuches vor. Daß sich der Angeklagte als Rechtsanwalt dessen bewußt ist, kann nicht zweifelhaft sein. Der Angeklagte hat den Artikel gar nicht im Interesse der Rechtfertigung des Jabel, sondern im parteipolitischen Interesse veröffentlicht. Es ist ihm nur um Sensation zu tun. Daß der Angeklagte es nur auf einen Angriff und eine Ehrenkränkung abzielt, beweisen seine diesfälligen mit dem vorliegenden Falle in gar keinem Zusammenhang stehenden Beweisanträge, mit denen er offensichtlich einen systematischen Feldzug gegen den Oberpräsidenten zu unternehmen sucht. Der Wahrheitsbeweis ist dem Angeklagten in keinem Falle gelungen. Es genügt der Hinweis, daß der Oberpräsident in der Angelegenheit des Falles Jabel auch nicht eine nennenswerte Rolle gespielt hat. Was aber den Leiter der Kartoffelstelle anbetrifft, so hat dieser den Jabel in der Hauptverhandlung zum ersten Male zu Gesicht bekommen. Wie wenig der Vorwurf der Parteilichkeit im sozialistischen Sinne gegen den Leiter der Kartoffelstelle, den Neuen Parteis, begründet ist, beweist schon der Umstand, daß Parteis sich zur Deutschen Volkspartei bekennt. Wie Parteis behauptet, hat die Kartoffelstelle mit der Politik überhaupt nichts zu tun. Sie ist auch nicht im geringsten vom Oberpräsidenten in parteipolitischer Hinsicht beeinflusst worden.“

Somit das Urteil. Es bleibt abzuwarten, ob es den Zweck erreicht, daß die reaktionären Geschlechter vom Schicksal der „Deutschen Tageszeitung“, „Deutsches Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ usw. ihre bisherige Methode aufgeben.

Marburger Studentenrecht.

Offizielle Verunglimpfung der Volkspompagne.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In Marburg erschien vor einiger Zeit ein Büchlein „Das Studentenkorps in Thüringen“ (Ein Kriegstagebuch im Frieden), das die „Gesandten“ des „rühmlich“ bekannten Marburger Studentenkorps bei der Kiederwerfung der durch das Rapp-Verbrechen hervorgerufenen Thüringer Unruhen schildert. Wichtigkeit mit dem Studentenkorps war von Marburg aus auch eine verfassungstreue Truppe, die sog. Volkspompagne Marburg ausgerückt. Die sich in der Hauptsache aus Studenten und Arbeitern zusammensetzte und sich begrifflicherweise höchster Unbeliebtheit bei dem „sämlichen“ Studentenkorps erfreute.“

Der Verfasser der vorerwähnten Schrift, Herr „Stabsfeldwebel“ und cand. med., dent. Schumann fühlte sich nun bewogen, die Schule seines Bornes in besonderem Maße über die studentischen Angehörigen dieser Volkspompagne auszugießen. In seiner Schrift, die von Marburger Studentenausschuss an alle deutschen Hochschulen verschickt wurde und die auch sonst durch die Unterstützung der Studentenschaft in der weitesten Öffentlichkeit verbreitet wurde, nennt er diese Studenten „von selbsthützigem

Ergeißel verblendete Gesellen“, und er bedauert es tief, daß sie ihren Weg überhaupt in seine und seiner Freunde Reihe gefunden haben, d. h. also wohl, daß sie überhaupt das Recht haben, sich deutsche Studenten zu nennen. Er jagt wörtlich:

„Reider aber haben diese Studenten aus ihrer völkfreundlichen Handlung eine Heidelei gemacht, indem sie unter diesem völkfreundlichen Mantelchen politische Hebe gegen die Studentenschaft geübt und damit eine der niedrigsten Denkmittelweisen an den Tag gelegt haben.“

Er behauptet weiter, daß sie sich damit von der „echten“ völkfreundlichen Studentenschaft losgelöst hätten und bezeichnet sie geradezu als „unwürdige Vertreter der Studentenschaft“. Es ist verständlich, daß die Studenten der Volkspompagne versuchten, sich gegen die ehrabschneidenden und verleumderischen Verheugungsversuche der „privilegiert vaterländischen“ Studentenschaft zur Wehr zu setzen. Die Erlaubnis, eine Verwahrung gegen diese Schmähungen am schwarzen Brett der Universität anzuschlagen, wurde ihnen vom Rektor verweigert. Ebenso schießerte der Versuch, den Allgemeinen Studentenausschuss zu veranlassen, einen Protest der Studenten der Volkspompagne in der gleichen Weise wie die Schaumlöffelsche Schrift an die anderen Studentenausschüsse zu versenden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der letzten Sitzung des Allgemeinen Studentenausschusses vom 3. August eingebracht. Da diese Sitzung infolge des Fehlens der Mehrzahl der Studentenvertreter formell nicht beschlußfähig war, hatte man sich zu Beginn der Sitzung geeinigt, die Beschlußfähigkeit nicht festzustellen und zu verhandeln. Erst als gegen Schluß der Sitzung nach nahezu dreistündiger Verhandlung dieser Antrag zur Sprache kam und begründet wurde, wurde auf Antrag eines Vertreters der Korporationen die Sitzung für nicht beschlußfähig erklärt und statutenmäßig abgebrochen.

Dieses Verhalten der zuständigen Stellen zwingt die von ihren eigenen Kommissionen entworfenen Studenten der Volkspompagne namentlich, den Tatsachend der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Die Studenten der Volkspompagne, die durch ihre Handlungsweise bewiesen haben, daß sie bereit sind, nicht nur Phrasen zu drechseln und mit dem Säbel zu raseln, sondern durch die Tat für den sozialen Ausgleich einzutreten, sind überzeugt, daß sie bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes ein besseres Verständnis für ihre Handlungsweise finden werden, als bei Herrn Schaumlöffel, beim Studentenausschuss und beim Rektor der Universität Marburg.“

Uniformspielerei.

In einer „Neuen Anfrage“ im Reichstag regten sich die Deutschnationalen darüber auf, daß der Oberpräsident Kürbis für die Provinz Sachsen zunächst in den Rapp-Tagen und jetzt wieder das Uniformtragen allen Personen verboten hat, die nicht durch ihr Amt oder ihren Beruf dazu berechtigt sind. Insbesondere hat er aus Anlaß der geplanten — feier zur Erinnerung an die Augusttage des Krieges 1870/71 allen ehemaligen Offizieren das Tragen von Uniformen verboten, und zwar angeblich mit Rücksicht auf die Sicherheit in der Provinz Sachsen.

Wir wissen nicht, ob die Verfügung Kürbigs tatsächlich ergangen oder etwa nur zu deutschnationalen Zwecken erfunden ist. Wenn sie wirklich existiert, so müßten wir sehr bedauern, wenn sie nicht genügend Rechtsgrundlagen fände. An sich ist sie so berechtigt, daß man wünschen möchte, sie wäre längst zum Rechtsgefeß geworden. Wozu soll die Uniformspielerei noch dienen? Ist es nicht ein Hohn, wenn der Selbsthüter Joachim Sobenzollern begroben wird, die illustrierten Wälder darüber große Bilder bringen können, die von wieder aufgebügelt Reserveuniformen tragen?

Die Reichswehr wird eine Beamten-Armee mit 12jähriger Dienstpflicht für den Soldaten und mit 25jähriger für den Offizier. Sie ist also in keiner Weise mit dem früheren Heer zu vergleichen. Die Uniformen, die die abgedankten Offiziere zu Kriegsjahren tragen wollen, sind württembergischen Ursprungs und bedeuten eine dauernde Demonstration gegen die Republik. Aber schon aus außenpolitischen Gründen sollte dieser Spielerei bald ein Ende gemacht werden.

Die Auswahl der Schwedenkinder.

Durch B.T.A. wird gegenüber den von uns gemeldeten Anklagen des schwedischen Linkssozialisten Lindhagen über anti-sozialistische Auswahl der deutschen Schwedenkinder mitgeteilt:

Die Angaben Lindhagens lassen sich mit den wirklichen Verhältnissen nicht in Übereinstimmung bringen, über die nachstehende Erklärung der Auslandskolonien des deutschen Roten Kreuzes in Berlin Aufschluß gibt:

Im Sommer 1920 sind im ganzen 4340 deutsche Kinder in Schweden untergebracht worden (durch unsere Vermittlung.) Von diesen waren etwa 1500 namentlich eingeladen. Die Einladung erfolgte unter Vermittlung des schwedischen Roten Kreuzes durch die schwedische Bevölkerung, so daß es Sache jedes Verbandes war, seine Wünsche bezüglich einzuladender deutscher Kinder zu äußern.

Das deutsche Rote Kreuz hat für die Verbringung dieser Kinder nur seine Organisation vermittelnd zur Verfügung gestellt.

Außer den namentlich eingeladenen Kindern wurden durch das schwedische Rote Kreuz angefordert 2850 Kinder. Die Auswahl dieser Kinder ist in Deutschland durch die Schulen, Jugendämter sowie Wohlfahrtsvereinigungen lediglich nach dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Bevölkerung erfolgt. In dieser Zahl sind etwa 1750 Kinder des Arbeiterstandes und etwa 1100 Kinder des kleinen Mittelstandes enthalten. Etwa 700 Kinder kommen also nur aus den anderen Ständen.

Zu bemerken bleibt noch, daß am 30. 6. 20, ein Transport von 400 nur von dem Schwedischen Gewerkschaftsbund angeforderten deutschen Gewerkschaftskindern abgegangen ist.

Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft.

Vom 15. September an.

Selbsttätig verlaufend: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in letzter Zeit Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten stattgefunden. Die gleiche Frage war Gegenstand eingehender Erörterungen im Unterausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Reichswirtschaftsrats und einem völkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags. Mit Rücksicht auf die günstigen Ernteausichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 15. September 1920 ab die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben und eine starke Reichsreserve zur Überwindung etwa während der Herbst- und Wintermonate eintretender Mängel gebildet wird. Es ist damit zu rechnen, daß ein entsprechend vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteter Verordnungsentwurf Mitte August dem völkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags an-

genommen wird, so daß dem Handel von da ab die zur Aufklärung seiner geschäftlichen Beziehungen erforderliche Bewegungsfreiheit gegeben und er in den Stand gesetzt ist, Kartoffeln zur Verlieferung nach dem 14. September 1920 anzulassen. Um die Preisbildung auf dem Markte für Speisekartoffeln nicht zu beeinträchtigen, sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Kartoffel verarbeitende Industrie, insbesondere die Brauereien, mit einer Einschränkung ihrer Betriebe zu rechnen haben werden.

Saar- oder Kriegsgebiet?

Die Saar-Regierung veröffentlicht eine Proklamation, die folgende kriegsmäßige Lage enthält:

Die Teuerung im Saargebiet nimmt immer größeren Umfang an, so daß die Not der Bevölkerung immer mehr steigen wird. Dies verbietet sie den gewissenlosen Spekulanten, den Beamten wäre schon längst Gerechtigkeit geworden, wenn nicht die gewissenlose Heberlei eingesetzt hätte, wodurch die Regierungen arbeiten gehindert wurden. 5 1/2 Millionen Mark sind von der deutschen Regierung für diese Zwecke bereitgestellt worden, was durch Material, das uns in die Hände gefallen ist, bewiesen ist. Mit aller Schärfe wird gegen diese Wählerarbeit vorgegangen werden.

Die Proklamation ist von dem französischen Präsidenten Kautz unterzeichnet. Die Ausgänge der Stadt Saarbrücken sind gesperrt. Der Generalkommando steht bereit. Versetzte Militärpatrouillen streifen durch die Wälder. Die Beamten, die Dienstag nicht zum Dienst erschienen sind, werden entlassen und ihr Eigentum wird beschlagnahmt. Es finden starke Truppenzusammenschüßungen aus elsaß-lothringischen Garnisonen statt.

„Gerechtigkeit“ wäre den Beamten längst geworden! Ausschließlich gegen ihre brutale Entrechtung richtet sich der ganze Kampf. Aber die Saarleute lernen jetzt die Zivilisationsmethode des französischen Kapitalismus kennen, die schon im eigenen Lande bei jeder Arbeiterdemonstration so prachtvoll sich äußerte. Die Saarleute sollen nach 15 Jahren abstimmen, ob sie wieder zu Deutschland wollen. Inzwischen sorgt Herr Kautz dafür, daß sie sich für französische Zivilisation begeistern.

Teschen — tschechoslowakisch.

Prag, 10. August. (Tschl. Pressebureau.) Am Dienstag wurde die Stadt Teschen durch tschechoslowakische Truppen besetzt.

Anspruch auf Mordrecht.

Wien, 10. August. (D. B.) In der ungarischen „National“-Versammlung machte ein Rechtsabgeordneter der Rechten die heftigsten Vorwürfe, das Auslieferungsverlangen für Bela Kun nicht rechtzeitig in Berlin übermittelt zu haben. Ministerpräsident Graf Tisza betonte, daß die Regierung nichts veräumt habe, das Auslieferungsbegehren rechtzeitig nach Berlin zu schicken. Der Anwalt, ein Oberleutnant (das Haus erbebt sich! Red.), ist am 24. Juli in Berlin eingetroffen, die deutsche Regierung habe jedoch Bela Kun 24 Stunden früher freigelassen. Die deutsche Regierung habe offenbar unter dem Druck der Unabhängigen und Kommunisten gehandelt und sich durch den siegreichen Vormarsch der Sowjettruppen täuschen lassen.

Kun ist bekanntlich an die Grenze gebracht worden, die er wünschte. Daß der Volksparteiler Heine unter dem Druck der U. S. P. und R. P. D. gehandelt habe, können die Fortkymmens glauben. Wir oder lassen uns zuletzt durch mordungarische Ministergeschwätz täuschen.

Deutschösterreichs Drahtsperr.

Wien, 10. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen am Dienstag führten zu keinem Ergebnis, der Streik dauert fort. Wenn bis Mittwoch mittag 12 Uhr der vorübergehende Staatssekretär Dr. Rapp und der Staatssekretär für Verkehrswesen nicht vom Urlaub zurückberufen und die Verhandlungen wieder aufgenommen sind, wollen die Streikenden sofort den gesamten Drahtverkehr stilllegen, also auch Spitäler, Rettungsgesellschaft, Feuerwehr, Polizei, Diplomatie, Reparationskommission. Von den 12 Forderungen hat die Regierung sechs minderwichtige akzeptiert und bezüglich der drei Hauptpunkte, Verbesserung des Juli-Abkommens, Provisionsfonds und Gewährung einer monatlichen Zulage von 1000 Kronen für Verheiratete und 800 Kronen für Ledige den Kabinettsrat als zuständig erklärt.

Eine dunkle Meldung bringt Reuters aus Bladiwofski: Nach dort eingetroffenen Nachrichten ist die Stadt Dschoffi wieder gebrannt und die japanischen Einwohner ermordet worden. — Wenn das wahr ist, werden die lethym abgezogenen Japaner bald wieder da sein — und bleiben!

Der türkische Friedensvertrag ist Dienstagmittag in Sebres unterzeichnet worden.

Das dänische Oberhaus (Landsting) bezieht nach den am Dienstag vorzunehmenden Wahlen aus 14 Konservativen, 8 Radikalen, 19 Sozialdemokraten und 31 Mitgliedern der Linken. Das frühere Landsting bestand aus 10 Konservativen, 12 Radikalen, 15 Sozialdemokraten und 27 Mitgliedern der Linken. Im ganzen also trotz des sozialdemokratischen Wahlerfolges keine Veränderung.

Der verhaftete Irebischof. Erzbischof Konrad ist in London eingetroffen, nachdem ihm weiterer Aufenthalt in Irland verweigert worden war, und nach einem unbekanntem Aufenthaltsort verbracht worden. In Dublin wurden zu Ehren des Erzbischofs Freudenfeuer angezündet. Als die Menge sich löste, auseinander zu geben, feuerten die Truppen. Eine Person wurde getötet, eine verwundet.

Arbeitsgewalt im Saargebiet. Die Endergebnisse lauten: Zentrum 3 165 404 Stimmen (115 Sitze), Sozialdemokraten 1 823 808 Stimmen (60 Sitze), Unabhängige 1 295 103 Stimmen (34 Sitze), Bürgerliche Sammlungsl. 574 818 Stimmen (16 Sitze), Deutsche Volkspartei 51 178 Stimmen (1 Sitz).

Protest Braunschweigs in der Mittelandsanalfrage. Der T. U. wird aus Braunschweig mitgeteilt: Die Mittelandsanalfrage stand in der Dienstagssitzung des braunschweigischen Landtages wieder zur Debatte. Das Ministerium und die Redner sämtlicher Parteien erhoben gegen das eigenmächtige und einseitige Vorgehen Preußens Protest. In einer Entschließung wird gesagt, daß die preußische Vorlage verfassungswidrig auf braunschweigisches Gebiet übergreife, ohne daß Preußen den Versuch gemacht habe, sich mit Braunschweig über die auf einem Hoheitsgebiet liegende Kanalstrecke zu verständigen. Die braunschweigische Landesversammlung erblickt hierin den Versuch, der künftigen Verfassung des Reiches über die Kanallinie vorzugreifen. Für die Wahl der Linienführung dürften nur die Rücksichten auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft maßgebend sein. Diesen Rücksichten würde nur die sogenannte Südbahn gerecht, zu der sich die braunschweigische Landesversammlung wiederholt einstimmig bekannte. Die braunschweigische Landesversammlung erwartet, daß sich die Reichsregierung bei ihrer Entscheidung in keiner Weise durch das preußische Vorgehen beeinflussen läßt. (Ob die Braunschweiger sich nur an deutsche Gesetze interessieren für die Südbahn begeistern oder nicht auch ein wenig aus speziell braunschweigischen?)

Gewerkschaftsbewegung

Mißhandeltes Recht?

Die ominösen Vorgänge im Preussischen Statistischen Landesamt, von denen wir bereits wiederholt im „Vorwärts“ Kenntnis nahmen, rufen immer neue Anklagen nach. Daß weder die vorgelegten Regierungserklärungen sich zu den gegen den Präsidenten des Statistischen Landesamts erhobenen Beschuldigungen äußern, noch die Staatsanwaltschaft gegen den Beschuldigten oder den Beschuldiger einschreitet, muß allerdings jeden Unbefangenen verblüffen. Wenn ein Beamter seinen Vorgesetzten des Meineids und schwerer Verfehlungen beschuldigt, die zuständigen Dienststellen und die Staatsanwaltschaft von den vermeintlichen Verfehlungen in Kenntnis setzt mit der Absicht, vorhandene Mißstände zu beseitigen, so ist das eine anerkennenswerte Tat. Daß deshalb aber der fragliche Beamte aus seinem Dienst entfernt wird und weder die vorgelegte Dienstbehörde noch die Staatsanwaltschaft etwas unternehmen, um die Wahrheit zu erlangen, muß allgemein verblüffen.

Wir werden daher immer mehr in der Ueberzeugung befestigt, daß es hier sehr faul ist im Staate Dänemark und daß der zur Disposition gestellte Beamte und ehemalige Obmann des Angestellten-Ausschusses das Recht auf seiner Seite weilt.

In dieser unserer Annahme werden wir weiter befestigt durch folgende uns mit der Bitte um Veröffentlichung überhandte Zuschrift eines jetzt noch beim Preussischen Statistischen Landesamt beschäftigten Beamten:

Ihr Gewährsmann spricht von Meineid und von Verfehlungen zum Schaden des Volksganzen des Herrn Präsidenten Dr. Saenger, erklärt sodann weiter, daß die Staatsanwaltschaft und die zuständigen Dienststellen von allen Verfehlungen Kenntnis haben und — berichtet von der Verfolgung des der Wahrheit nachgehenden Obmanns.

Die Klagefahse hat sich auch vor meinen Augen entwickelt. Der gemahregelte Obmann beschuldigte i. H. eine ganze Reihe von Mitgliedern und Beamten aufs Schwerste. Er ist natürlich daraufhin peinlich getroffen und sachlich vollständig befunden worden. Seine Behauptungen haben danach einen unerschütterlichen Grund erhalten. Alle Klagen und Anklagen verlegten aber bei den zuständigen Dienststellen und scheinen jetzt in der Öffentlichkeit durchzubrennen.

Für die Beamtenschaft ist der verdächtige „Meineids“-Präsident eine starke Humung. Der Beamtenschaftsaudit unternimmt aber trotz Aufforderung nichts zur Ehrenrettung der Beamten. Deshalb habe ich vor etwa Monatsfrist den Herrn Minister Severing gebeten, dem Herrn Präsidenten meine Personalsachen aus der Hand zu nehmen und dem Beamtenschaftsaudit jede Einmischung in meine persönlichen Angelegenheiten zu verbieten. Nun zwingt mich auch die gleichgültige Aufnahme der Veröffentlichungen zum Schritt in die Öffentlichkeit, zur Anzeige, betreffend meine Selbstreinigung.

Uebrigens ist diese Klage nicht ein Einzelfall. Es gibt eine ganze Reihe dunkler Punkte beim Preussischen Statistischen Landesamt, und manche Beschwerde, die beim Ministerium des Innern auf dem toten Geleise des Herrn Geheimrats schlummert.

Ich bitte Sie um die Güte, im Interesse der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit diesen Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte Aufnahme gewähren zu wollen.

Wir wünschen, daß dieses dunkle Kapitel nun endlich aus dem Stadium der öffentlichen Erörterung in das der ersten Untersuchung und ungezweifelten Klarstellung gerückt wird. Im neuen Deutschland darf von einem mißhandelten Recht keine Rede sein.

Gegen die Räteapostel.

Hamburg, 10. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nachdem im Hamburger Metallarbeiterverband die Abstimmungen über die Richtlinien der Vertriebsräte den Sieg der gemäßigten Richtung Bismarck ergeben haben, ist gestern abend in einer Mitgliederversammlung der Rücktritt der Ortsverwaltung erzwungen worden. Es wurde eine Resolution gegen ganz wenige Stimmen angenommen, in der gesagt ist, daß die Ortsverwaltung zur Zersplitterung der Organisation beigetragen habe, indem sie gegen die Richtlinien des Verbandstages betreffend die Vertriebsräte gehandelt habe. In Hamburg war ein Industriearbeiter, der an die Halleische Räteorganisation angefallen war. Aus diesem Umstande ergibt sich die Resolution, und die Ortsverwaltung, die sich aus Mitgliedern der U. S. V. zusammensetzt, hat nunmehr die Folgen dieser Politik zu tragen.

Hamburg, 10. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute fand in Hamburg eine Vertriebsrätekonferenz der deutschen Seeschiffswerften statt, in der ebenfalls als Hauptpunkt der Tagesordnung Unterordnung, Eingliederung oder selbständige Räteorganisation stand. Es wurde ein Referat für die Halleische Räteorganisation und ein Korreferat für die Richtlinien des Metallarbeiterverbandes (Bismarck) gehalten. Die Debatte war zum Teil sehr erregt. Eine Resolution von den Sietzener Vertriebsräten,

die sich für Anschluß an den Berliner Zentralrat in der Mühlstraße einsetzte, wurde abgelehnt. Angenommen dagegen wurde eine Resolution, die besagt, daß die Zusammenfassung der Vertriebsräte eine selbständige Vertriebsräteorganisation sein soll, die geeignet ist, die Einigkeit der ohnedies schon zu sehr zersplitterten Arbeiterkraft zu fördern und die soziale Revolution voranzutragen. Die Versammlung erklärte sich daher für die Zusammenfassung der Vertriebsräte in enger Verbindung mit den Gewerkschaften nach den Richtlinien, die vom Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschlossen worden sind. So ist an der Wasserfront die Vermunft im Fortschreiten.

Tarifvertrag der Versicherungsaussenbeamten.

Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, fand am gestrigen Dienstag im Reichsarbeitministerium eine Sitzung mit den Arbeitgeberern über die tarifliche Regelung der Verhältnisse der Außenbeamten im Versicherungsgewerbe statt. Den Vorsitz führte der Referent im Arbeitsministerium Geheimrat Dr. Weigand. Nach längeren Verhandlungen kam eine prinzipielle Einigung über die grundlegende Frage des Mindesteinkommens für die Außenbeamten, dem die Arbeitgeber bisher sehr ablehnend gegenüberstanden, zustande. Die Arbeitgeber gestanden unter Anrechnung aller Provisionen und sonstiger Vergütungen nach Abzug der Steuern auf das Diensteinkommen folgendes zu:

1. Bewährungsfrist von einem Jahre bei völliger Vertragsfreiheit für diese Zeit.
2. Festhalten an den Kündigungsbedingungen der früher festgelegten Richtlinien.
3. Festsetzungen des Mindesteinkommens abgestuft nach Branchen und Orten in der Vereinbarung.
4. Das System der vertraglichen Befoldung bleibt weiterhin jeder Gesellschaft überlassen.

Durch dieses gewiß materiell äußerst dürftige und keineswegs befriedigende Zugeständnis ist wenigstens die Tür zu einer tariflichen Regelung etwas geöffnet. Weitere Verhandlungen sollen nach Anformierung des Arbeitgeberverbandes durch seine anwesenden Mitglieder in der zweiten Hälfte des September stattfinden. Eine Reihe von Forderungen der Angestellten in bezug auf Urlaubsregelung und andere Fragen wurden den Arbeitgebern mit auf den Weg gegeben.

Streikflug gegen Franzosenwillkür.

Frankfurt a. M., 10. August. (W.F.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden meldet, hat der dreitägige Streikflug der Straßenbahnangestellten mit einem vollen Erfolg gegenüber der französischen Wehrde sein Ende gefunden. Der französische Kommandant hat zugestimmt, bei General Degoutte die Erfüllung der Forderungen zu beschwören, nämlich die französische Gerichtsbarkeit milder zu handhaben und Uebergriffe französischer Jahrgänge durch ständige Patrouillen zu verhindern.

Streik in der Dresdner Metallindustrie.

Dresden, 10. August. (Frankfurter Zeitung.) In der Dresdner Metallindustrie streiken eine Anzahl Betriebe, da die Uebernahme des Steuerabzugs von den Betriebsleitungen verweigert wurde.

Streikdrohung der Landarbeiter in Niederbayern.

München, 10. August. An die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände der Oberpfalz und Niederbayerns soll, wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ mitteilt, von dem Gewerkschafter Liebel ein Ultimatum gerichtet worden sein, demzufolge von den Landarbeitern die Arbeit niedergelegt würde, wenn nicht auf den tariflich geregelten Erntelöhnen für männliche Arbeiter eine Zulage von 150 M., für weibliche 100 M. bezahlt würde. Im Falle eines Streiks in der Landwirtschaft soll die Technische Rothhilfe einsteigen.

Die Erwerbslosenbewegung.

Frankfurt a. M., 10. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Erwerbslosen, die am Dienstag morgen nach einer Versammlung, in der neue Forderungen gestellt wurden, stürmisch vor dem Rathaus demonstriert hatten und mit Waffengewalt vertrieben wurden, hatten am Nachmittage in der Stadterordnetenversammlung die Tribünen beschlagnahmt. Während der Besprechung des Magistratsantrages auf Erhöhung der Sätze um 2 M. pro Tag und Kopf kam es zu so stürmischen Ausbrüchen, daß die Sitzung zeitweise unterbrochen werden mußte. Die Versammlung genehmigte einstimmig die Magistratsvorlage, worauf die Erwerbslosen unter Hochrufen auf die Rätepublik abzogen.

Katung! Buchdrucker. Montag, den 16. August, nachm. 5 Uhr, Schultheiß-Kassant, Gartenlaal, Eing. Schindstraße. Versammlung sämtlicher aus dem Boden holländischer Gewerkschaftsarbeit stehender Vertrauensleute, Delegierten zur Generalversammlung und Vertriebsräte. Redner und Rednerinnen sind zahlreich einzufahren. Der Präsidiumsaudienz der S. V. D. Vertriebsräte.

Ludwig Döwe & Co. Gutfraße. Heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr Vertriebsräteversammlung Vertriebsr. 24. Funktionärstagung 12^{1/2} Uhr im Rätemeetingaal.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertrauensleute aus der Goldleichen-, Piano-, Kisten- und der gesamten Holzindustrie sowie dem Möbelhandel. Am Donnerstag, den 12. August, abends 7 Uhr, im Lokal von Wegener, Schellstr. 30, wichtige Sitzung.

Seltisow I (Terillbrange). Bader, Hausdiener, Kaffier, Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben der Holzmaterialien-Handlungen! Am Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr, im Lokal von Wegener, Schellstr. 30, äußerst wichtige Versammlung. Tagesordnung: Das Resultat der Tarifverhandlungen mit dem Verband der Holzmaterialien-Handlungen.

Boderlegerrunde. Am Freitag, den 13. August, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Witte, Poststr. 29. Tagesordnung: Tariffragen.

Parteinachrichten.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hält vom 8. bis 6. Oktober in Karlsbad ihren Parteitag ab. Ueber Programm und Taktik referieren Seltiger, Trepilj und Kreibich. Reichenberg. Seltiger steht mit dem größten Teil der Parteipresse auf dem Standpunkt der demokratischen Entwicklung zum Sozialismus, ohne sich ausschließlich und ewig auf den Parlamentarismus festzulegen. Kreibich und die übrigen Unterzeichner des Reichsberger Manifestes haben sich als Anhänger der III. Internationale bekundet; noch auf dem vorjährigen Parteitag in Trepilj hatte Kreibich sehr entschieden gegen die Kommunisten gesprochen. — Ueber Wirtschaftspragen und die sogenannte Volksernährung wird Genosse Sobl-Falkenau berichten. Untere deutschen Genossen jenseits der Grenze können der festen Anteilnahme der Arbeiterklasse in Deutschland gewiß sein.

Aus aller Welt.

Die Opfer auf Feste Kaiserstuhl.

Wie nunmehr feststeht, hat das Grubenunglück auf der Feste Kaiserstuhl 37 Opfer gefordert, und zwar 30 Tote und 7 Verletzte. Den unerwünschten Vergungsmannschaften war es möglich, in der vergangenen Nacht 18 Leichen zutage zu fördern. Es hat den Anschein, daß eine Leichenschau wohl wegen der schweren Versäumlung der Toten nicht erfolgen wird. Die Bergpolizei hofft, auch die restlichen Toten alsbald zu bergen. Die Bergungsläden waren zum weitestgehenden Teil verheiratet. Der Leiter der Unglücksuntersuchung hat Selbstmord versucht, ist aber gerettet.

Zwischenfall in Allenstein.

In einem bedauerlichen Zwischenfall kam es in Allenstein, als mehrere betrunkenen italienischen Soldaten durch die Stadt zogen und von Beamten der Sicherheitspolizei zur Ruhe aufgefordert wurden. Im Verlauf des Wortwechsels brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Dolmetscher in den Hals schwere Verletzungen bei. Die aufgeregte Menge griff gegen die Italiener Partei und es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Messerstecher wurde von einem hinzukommenden italienischen Offizier festgenommen und in Gewahrsam gebracht. — Die Abreise der Italiener ist aus technischen Gründen verschoben worden.

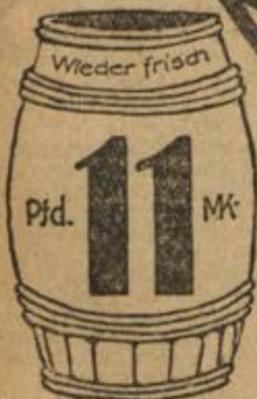
Erinnerung. Wie der Minister des Auswärtigen auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei mitteilt, ist die deutsche Vorkast in Paris beantragt worden, bei der französischen Regierung wegen Herausgabe der deutschen Ausstellungsgegenstände der Internationalen Städtebauausstellung in Lyon 1914 vorstellig zu werden. Eine Antwort der französischen Regierung steht noch aus.

Die Rückgabe der auf der Leipziger Buchgewerkschaftsausstellung vorhandenen gewiesenen französischen Gegenstände ist auf Grund des Diktats von Versailles erfolgt. — Ja, wie war das doch? Deutschland stellte in Frankreich aus, Frankreich in Deutschland ...

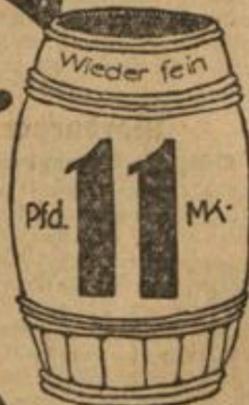
Die Regier rühren sich. Wie den „Daily News“ aus New York berichtet wird, ist dort die erste große internationale Regerkonferenz eröffnet worden. Sie ist das Ergebnis der Bewegung, die das Selbstbestimmungsrecht für die Negerrasse fordert und nicht nur Afrika, sondern auch die westindischen Besitzungen, namentlich Britisch-Indien, umfasst. Der Präsident der „Negro Improvement Association“, Dr. Marcus Garvey, hielt auf dem Kongress eine Ansprache, in der er sagte: Wir werden England, Frankreich, Belgien und Italien nicht fragen: Warum seid ihr hier? Wir werden ihnen einfach befehlen, abzutreten. Wenn die Engländer England für sich beanspruchen, die Franzosen Frankreich und die Italiener Italien, dann fordern die Regier Afrika als ihr Heimatland für sich und sie werden für die Erfüllung dieser Forderung ihr Blut vergießen. Wir werden eine Erklärung der Rechte aller Regerrassen und eine Verfassung für ihre zukünftige Entwicklung entwerfen. Der blutige Krieg kommt noch, wenn nämlich Europa sich mit Wien messen wird; dann wird für die Regier die Gelegenheit gekommen sein, für die Befreiung Afrikas das Schwert zu ziehen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Keppe-Grumboldt; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin. Endenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Margarinaräume



- | | |
|------------------------------|-----------|
| Prima holländ. Kakao | Pfd. 20,- |
| Prima Tafel-Reis (Vollreis) | " 5,- |
| Prima Haferflocken | " 2,10 |
| Viktoria Erbsen (Neue Ernte) | " 2,50 |



Butterhandlungen:
Loreley, Union,
Assmann, Ernst, Ladewig, Otto Reichelt